

Art. 2. Het bekwaamheidsbewijs uitgereikt aan het einde van de afdeling van « Getuigschrift van het hoger onderwijs voor sociale promotie van gespecialiseerde leerkracht in digitaal onderwijs » (code 980514S36D1) is het « Getuigschrift van het hoger onderwijs voor sociale promotie van gespecialiseerde leerkracht in digitaal onderwijs ».

Art. 3. Dit besluit treedt in werking op 1 april 2022.

Brussel, 8 maart 2022.

V. GLATIGNY,

Minister van Hoger Onderwijs, Onderwijs voor sociale promotie, Wetenschappelijk Onderzoek, Universitaire ziekenhuizen, Hulpverlening aan de Jeugd, Justitiehuisen, Jeugd, Sport en Promotie van Brussel

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2022/202206]

21. FEBRUAR 2022 — Dekret zur Festlegung verschiedener Instrumente des Informations- und Beschwerdemanagements in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — *Allgemeine Bestimmungen*

Artikel 1 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Behörde:

- a) die Deutschsprachige Gemeinschaft,
- b) die Einrichtungen öffentlichen Rechts, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft abhängen,
- c) die Gemeinden, öffentlichen Sozialhilfezentren und sonstigen Gebietskörperschaften des deutschen Sprachgebiets, mit Ausnahme der Mehrgemeindepolizeizonen und Hilfeleistungszonen,
- d) jede Einrichtung, ungeachtet ihrer Art und Rechtsform:
 - die zu dem besonderen Zweck gegründet wurde, im Allgemeininteresse liegende Aufgaben zu erfüllen, die nicht gewerblicher Art sind, und
 - die Rechtspersönlichkeit besitzt und
 - deren Tätigkeit überwiegend von den unter Buchstabe a) und b) erwähnten Behörden oder Einrichtungen finanziert wird oder die hinsichtlich ihrer Leitung der Aufsicht durch letztere unterliegt oder deren Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgan mehrheitlich aus Mitgliedern besteht, die von diesen Behörden oder Einrichtungen ernannt worden sind,

e) die von einer oder mehreren der unter Buchstabe a), b), c) oder d) erwähnten Behörden gebildeten Vereinigungen;

2. Person: natürliche oder juristische Person sowie jede nichtrechtsfähige Vereinigung;

3. Amtshandlung: Handlung einer Person, die unter der Verantwortung einer der unter Nummer 1 genannten Behörden arbeitet und die im Zusammenhang steht mit:

- a) der Vorbereitung einer Entscheidung,
- b) der Ausführung einer Entscheidung,
- c) der Entscheidung selbst oder
- d) der Inaktivität in Bezug auf eine Entscheidung;

4. Arbeitsweise: Funktionsweise oder Verhalten von Behörden, Bediensteten oder Mitarbeitern, und dies unabhängig davon, ob diese Funktions- oder Verhaltensweisen in Zusammenhang mit einer Entscheidung stehen;

5. Beschwerde: schriftlich oder persönlich vorgetragener Hinweis auf Amtshandlungen, Unterlassungen oder Arbeitsweisen, die dem Beschwerdeführer entweder nicht rechtmäßig, nicht angepasst, nicht angemessen, nicht korrekt oder nicht billig erscheinen, wobei die Beschwerde sich nicht gegen gesetzliche Bestimmungen richten darf;

6. Ombudsdienst: Ombudsperson der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die gemäß dem Dekret vom 26. Mai 2009 zur Schaffung des Amtes einer Ombudsperson für die Deutschsprachige Gemeinschaft benannt wurde;

7. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG.

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets gelten das Parlament sowie die Regierung als Behörde im Sinne von Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a).

Art. 2 - Prinzip der aktiven Kommunikation

Die Behörden informieren aktiv und in Eigeninitiative über die von ihnen geführte Politik, ihre Vorschriften und Dienste, u. a. mit der Beschreibung ihrer Aufgaben, Befugnisse, internen Organisation und mit den bestehenden Beschwerdemöglichkeiten.

Sie sorgen durch adäquate Informationsstrategien dafür, dass:

- 1. die Information die größtmögliche Anzahl von betroffenen Personen erreicht;
- 2. die Informationen leicht zugänglich, korrekt, aktuell, neutral, vergleichbar und an die Zielgruppe sowie die Themen angepasst sind.

Art. 3 - Beistand des Beschwerdemanagements

§ 1 - Die Regierung erkennt nur eine Einrichtung als zentrale Anlaufstelle zum Beistand in Sachen Beschwerdemanagement an.

Um als zentrale Anlaufstelle anerkannt zu werden, muss diese Einrichtung:

1. als Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht organisiert sein;
2. ihre Dienstleistungen im gesamten deutschen Sprachgebiet anbieten;
3. über eine erwiesene Erfahrung von zehn Jahren im Bereich der allgemeinen Information und Beratung von Bürgern und Verbrauchern verfügen.

Die zentrale Anlaufstelle erhält den Auftrag:

1. Orientierungshilfe und Auskünfte an Bürger kostenfrei zu erteilen, die in Bezug auf Behörden Informationen oder Dokumentation suchen oder die eine Benachrichtigung oder Beschwerde einreichen möchten, und diesbezügliche allgemeine Informationen zu verbreiten;
2. Behörden bei ihrer Informationspolitik zu beraten und kostenfrei Hilfestellung bei der praktischen Umsetzung des Beschwerdemanagements zu leisten;
3. ein einheitliches Logo betreffend das Beschwerdemanagement in der Deutschsprachigen Gemeinschaft auszuarbeiten und zu verbreiten;
4. ein Beschwerdeformular auszuarbeiten und zu verbreiten, das mindestens folgende Elemente enthält:
 - a) Hinweise gemäß der Datenschutz-Grundverordnung;
 - b) Hinweise zur Einordnung des Beschwerdeverfahrens in Bezug auf verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Einsprüche;
 - c) das einheitliche Logo betreffend das Beschwerdemanagement.

§ 2 - Die zentrale Anlaufstelle ist neutral und verfügt über entsprechendes Fachpersonal.

Unbeschadet des Dekrets vom 28. Juni 2021 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors ist die zentrale Anlaufstelle ermächtigt, gegen Zahlung eines Betrags, der auf einem angemessenen Selbstkostenpreis basiert, Dokumente auf gleich welchem Datenträger, zur Verfügung zu stellen.

KAPITEL 2 — Beschwerdemanagement**Art. 4 - Ziele**

Jede Person, die ein Interesse vorweisen kann, hat das Recht, kostenfrei eine Beschwerde gegen eine Amtshandlung oder gegen Arbeitsweisen einer Behörde einzureichen. Sie darf einer anderen rechtsfähigen Person eine Bevollmächtigung zur Vertretung dieses Rechts erteilen.

Die Behörden richten ein Beschwerdeverfahren ein, das mindestens die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels enthält. Sie können darüber hinaus günstigere Regelungen für den Beschwerdeführer vorsehen.

Art. 5 - Zulässige Beschwerden

Eine Beschwerde ist zulässig, wenn sie:

1. eine konkrete Amtshandlung oder Arbeitsweise betrifft;
2. bei der für die betreffende Amtshandlung bzw. Arbeitsweise verantwortlichen Behörde schriftlich eingereicht oder persönlich vorgetragen und gemäß Artikel 7 Absatz 2 Nummer 3 verschriftlicht wurde;
3. eine Beschreibung der Angelegenheit enthält, die Anlass zur Beschwerde gibt;
4. gemäß den in den koordinierten Gesetzen vom 18. Juli 1966 über den Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten festgelegten sprachlichen Vorgaben eingereicht wurde.

Art. 6 - Unzulässige Beschwerden

Die verantwortliche Behörde kann die Behandlung einer Beschwerde verweigern, wenn:

1. die Beschwerde
 - a) offensichtlich unbegründet ist;
 - b) im Wesentlichen identisch ist mit einer bereits im Sinne dieses Kapitels behandelten Beschwerde und keine neuen Fakten vorliegen;
 - c) sich auf Fakten bezieht, die mehr als ein Jahr vor Einreichung der Beschwerde zurückliegen;
2. der Beschwerdeführer bestehende organisierte verwaltungsrechtliche Beschwerdeverfahren nicht ausgeschöpft hat, um Genugtuung zu erhalten;
3. die Beschwerde Bezug auf Personalfragen der Behörde nimmt, in der der Beschwerdeführer beschäftigt ist, mit Ausnahme einer Beschwerde, für die der Beschwerdeführer glaubhaft machen kann, dass ihm keine andere spezifische Beschwerdemöglichkeit offensteht;
4. Name und Adresse des Beschwerdeführers nicht bekannt sind.

Die verantwortliche Behörde verweigert die Behandlung einer Beschwerde, wenn ein organisierter verwaltungsrechtlicher Einspruch oder ein gerichtlicher Einspruch in der Beschwerdeangelegenheit anhängig ist.

Die in Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe c) erwähnte Jahresfrist wird für den Zeitraum ausgesetzt, in dem der Beschwerdegrund Gegenstand eines organisierten verwaltungsrechtlichen Einspruchs oder eines gerichtlichen Einspruchs ist.

Art. 7 - Einreichen der Beschwerde

Eine Beschwerde wird digital oder in Papierform bei der verantwortlichen Behörde eingereicht.

Jede Behörde:

1. veröffentlicht ein mindestens den Vorgaben in Artikel 3 § 1 Absatz 3 Nummer 4 entsprechendes Beschwerdeformular und macht es sowohl in digitaler als auch in Papierform leicht zugänglich;
2. bestimmt, bei welcher Person bzw. bei welchen Personen Beschwerden eingereicht werden dürfen;

3. sorgt dafür, dass dem Beschwerdeführer bei Bedarf Hilfestellung bei der schriftlichen Ausformulierung der Beschwerde zuteilwird.

Art. 8 - Empfangsbestätigung

Unmittelbar nach Einreichen der Beschwerde wird dem Beschwerdeführer eine Empfangsbestätigung mit Eingangsdatum der Beschwerde aus- bzw. zugestellt. Dies erfolgt entweder digital oder in Papierform, je nachdem auf welchem Weg die Beschwerde eingereicht wurde.

Art. 9 - Information über die Bearbeitung der Beschwerde

§ 1 - Innerhalb von 14 Kalendertagen nach Einreichen der Beschwerde erhält der Beschwerdeführer ein Informationsschreiben über die weitere Bearbeitung der Beschwerde.

Das in Absatz 1 erwähnte Informationsschreiben enthält Auskünfte über:

1. die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit der Beschwerde;
2. den Ansprechpartner und den gemäß Artikel 36 § 1 Absatz 1 bezeichneten Verantwortlichen für die Bearbeitung der Beschwerde.

§ 2 - Bei Zulässigkeit der Beschwerde werden die Bearbeitungsfrist, der Bearbeitungsweg und die Art der Informierung über das Ergebnis in dem Informationsschreiben mitgeteilt.

§ 3 - Wenn die Beschwerde unzulässig ist oder nicht weiter untersucht werden muss, werden dem Informationsschreiben eine Begründung der Unzulässigkeit sowie der Hinweis betreffend die Beschwerdemöglichkeit beim Ombudsdienst hinzugefügt.

§ 4 - Wird eine Beschwerde nicht weiterbearbeitet, da sie bei einer Behörde eingereicht wurde, die nicht zuständig ist, leitet die betreffende Behörde die Beschwerde schnellstmöglich an die Behörde weiter, die ihrer Meinung nach zuständig ist, vorausgesetzt der Beschwerdeführer legt hiergegen keinen Widerspruch ein.

Das in § 1 Absatz 1 erwähnte Informationsschreiben gibt Auskunft über die Weiterleitung der Beschwerde.

Art. 10 - Bearbeitungsfrist

Das Beschwerdeverfahren wird innerhalb von 45 Kalendertagen nach Einreichen der Beschwerde abgeschlossen.

Wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, kann die in Absatz 1 erwähnte Frist, nach schriftlicher Informierung des Beschwerdeführers, auf insgesamt maximal 90 Kalendertage verlängert werden.

Art. 11 - Untersuchung der Beschwerde

§ 1 - Die verantwortliche Behörde sorgt dafür, dass die Beschwerde korrekt, diskret und neutral untersucht wird. Sie berücksichtigt dabei die in Kapitel 4 erwähnten Datenschutzbestimmungen, wobei dem Beschwerdeführer ein Widerspruchsrecht in Bezug auf die Verarbeitung und Weiterleitung seiner Daten eingeräumt wird.

Diejenigen, die die Beschwerde untersuchen, üben ihre Tätigkeiten im Rahmen des vorgegebenen Beschwerdeweges unabhängig aus.

§ 2 - Hat der Beschwerdeführer Genugtuung erhalten, erlischt die Verpflichtung, das Beschwerdeverfahren gemäß dem vorliegenden Dekret fortzusetzen.

Art. 12 - Information bei Abschluss des Beschwerdeverfahrens

§ 1 - Die verantwortliche Behörde informiert den Beschwerdeführer schriftlich über:

1. das Ergebnis ihrer Untersuchungen einschließlich der Gründe, die diesem Ergebnis zugrunde liegen, sowie die daraus gegebenenfalls folgenden Maßnahmen der Behörde, ohne personalrechtliche Spezifizierungen;
2. die Einstellung des Verfahrens gemäß Artikel 11 § 2 und führt die entsprechenden Gründe, die der Einstellung zugrunde liegen, an.

§ 2 - Die verantwortliche Behörde informiert den Beschwerdeführer über die weiteren Möglichkeiten, Genugtuung zu erhalten, die diesbezüglichen Instanzen sowie die einzuhaltenden Formen und Fristen.

Sie erwähnt in jedem Fall, dass er das Recht hat, seine Beschwerde an den Ombudsdienst zu richten, sollte:

1. er unzufrieden mit der Bearbeitung der Beschwerde sein oder
2. er in der betreffenden Angelegenheit keine Genugtuung erhalten.

Art. 13 - Führung eines Registers und Mitteilung

§ 1 - Jede Behörde führt pro Kalenderjahr ein Register über die eingegangenen Beschwerden.

Dieses Register enthält Einträge:

1. betreffend die Anzahl und den Gegenstand aller im Sinne dieses Kapitels eingegangenen Beschwerden;
2. über deren Zulässigkeit und die Verfahren der Weiterbehandlung;
3. über die entsprechenden Untersuchungsergebnisse sowie
4. gegebenenfalls über die sich daraus ergebenden Maßnahmen.

§ 2 - Bis zum 31. März des Jahres, das dem Bezugsjahr folgt, übermitteln die Behörden ihrem jeweiligen Verwaltungs- oder Aufsichtsgremium sowie dem Ombudsdienst eine anonymisierte Fassung des Registers.

KAPITEL 3 — Schutz von Hinweisgebern

Abschnitt 1 — Allgemeine Bestimmungen

Art. 14 - Europaklausel

Vorliegendes Kapitel dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden.

Art. 15 - Anwendungsbereich

§ 1 - Vorliegendes Kapitel ist anwendbar auf folgende Verstöße gegen das Unionsrecht, sofern die Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft betroffen sind:

1. Verstöße, die in den Anwendungsbereich der im Anhang der in Artikel 14 erwähnten Richtlinie aufgeführten Rechtsakte der Europäischen Union fallen und folgende Bereiche betreffen:

- a) öffentliches Auftragswesen,
 - b) Umweltschutz,
 - c) öffentliche Gesundheit,
 - d) Verbraucherschutz,
 - e) Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten sowie Sicherheit von Netz- und Informationssystemen;
2. Verstöße gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union;

3. Verstöße gegen die Binnenmarktvorschriften, einschließlich Verstöße gegen Unionsvorschriften über Wettbewerb und staatliche Beihilfen, sowie Verstöße gegen die Binnenmarktvorschriften in Bezug auf Handlungen, die die Körperschaftsteuervorschriften verletzen, oder in Bezug auf Vereinbarungen, die darauf abzielen, sich einen steuerlichen Vorteil zu verschaffen, der dem Ziel oder dem Zweck des geltenden Körperschaftsteuerrechts zuwiderläuft.

Informationen, die folgende Bereiche betreffen, sind von dem in Absatz 1 erwähnten Anwendungsbereich ausgeschlossen:

1. Schutz der nationalen Sicherheit;
2. Schutz von Verschlussachen im Sinne des Gesetzes vom 11. Dezember 1998 über die Klassifizierung und die Sicherheitsermächtigungen, -bescheinigungen und -stellungen;
3. Schutz des anwaltlichen und ärztlichen Berufsgeheimnisses;
4. richterliches Beratungsgeheimnis;
5. Strafprozessrecht.

§ 2 - Vorliegendes Kapitel gilt unbeschadet der anwendbaren Bestimmungen über die Wahrnehmung des Rechts von Arbeitnehmern, ihre Vertreter oder repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen zu konsultieren, und über den Schutz vor ungerechtfertigten nachteiligen Maßnahmen aufgrund einer solchen Konsultation sowie über die Autonomie der Sozialpartner und deren Recht, kollektive Arbeitsabkommen abzuschließen.

Vorliegendes Kapitel gilt unbeschadet der anwendbaren Bestimmungen über Vertrauenspersonen im Sinne von Artikel 32sexies § 2 des Gesetzes vom 4. August 1996 über das Wohlbefinden der Arbeitnehmer bei der Ausführung ihrer Arbeit.

§ 3 - Vorliegendes Kapitel gilt unbeschadet anderer dekretaler Bestimmungen, die einen breiteren Schutz für Hinweisgeber vorsehen.

Art. 16 - Besondere Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels versteht man unter:

1. Verstöße: Handlungen oder Unterlassungen, die:
 - a) rechtswidrig sind und mit den Rechtsakten der Europäischen Union und den Bereichen in Zusammenhang stehen, die in den Anwendungsbereich gemäß Artikel 15 fallen, oder
 - b) dem Ziel oder dem Zweck der Vorschriften der Rechtsakte der Europäischen Union und der Bereiche, die in den Anwendungsbereich gemäß Artikel 15 fallen, zuwiderlaufen und
 - c) keine rein zwischenmenschlichen Konflikte betreffen;
2. Informationen über Verstöße: Informationen, einschließlich begründeter Verdachtsmomente, in Bezug auf tatsächliche oder potenzielle Verstöße, die in der Behörde, in der der Hinweisgeber tätig ist oder war, oder in einer anderen Behörde, mit der der Hinweisgeber aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit im Kontakt steht oder stand, bereits begangen wurden oder sehr wahrscheinlich erfolgen werden, sowie in Bezug auf Versuche der Verschleierung solcher Verstöße;
3. Meldung: die mündliche oder schriftliche Mitteilung von Informationen über Verstöße;
4. interne Meldung: eine Meldung innerhalb einer Behörde;
5. externe Meldung: eine Meldung an den Ombudsdienst;
6. Offenlegung: das öffentliche Zugänglichmachen von Informationen über Verstöße;
7. Hinweisgeber: eine natürliche Person, die im Zusammenhang mit ihren Arbeitstätigkeiten erlangte Informationen über Verstöße meldet oder offenlegt;
8. interner Hinweisgeber: ein Hinweisgeber, der als Bediensteter einer Behörde beschäftigt ist;
9. externer Hinweisgeber: ein Hinweisgeber mit folgender Eigenschaft:
 - a) Anteilseigner und Personen, die dem Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgan einer Behörde angehören, einschließlich der nicht geschäftsführenden Mitglieder, sowie Freiwillige und bezahlte oder unbezahlte Praktikanten;
 - b) Auftragnehmer, Unterauftragnehmer und Lieferanten sowie die Personen, die unter ihrer Aufsicht und Leitung arbeiten;
 - c) Personen, die Informationen über Verstöße melden oder offenlegen, von denen sie im Rahmen eines inzwischen beendeten Arbeitsverhältnisses Kenntnis erlangt haben;
 - d) Personen, deren Arbeitsverhältnis noch nicht begonnen hat und die während des Einstellungsverfahrens oder anderer vorvertraglicher Verhandlungen Informationen über Verstöße erlangt haben;
10. Mittler: eine natürliche Person, die einen Hinweisgeber bei dem Meldeverfahren in einem beruflichen Kontext unterstützt und deren Unterstützung vertraulich sein sollte;

11. beruflicher Kontext: laufende oder frühere Arbeitstätigkeiten im öffentlichen oder im privaten Sektor, durch die Personen unabhängig von der Art der Tätigkeiten Informationen über Verstöße erlangen und bei denen sich diese Personen Repressalien ausgesetzt sehen könnten, wenn sie diese Informationen melden würden;

12. betroffene Person: eine natürliche oder eine juristische Person, die in der Meldung oder in der Offenlegung als eine Person bezeichnet wird, die den Verstoß begangen hat oder mit der die bezeichnete Person verbunden ist;

13. Repressalien: direkte oder indirekte Handlungen oder Unterlassungen in einem beruflichen Kontext, die durch eine interne oder externe Meldung oder eine Offenlegung ausgelöst werden und durch die dem Hinweisgeber ein ungerechtfertigter Nachteil entsteht oder entstehen kann;

14. Folgemaßnahmen: vom Empfänger einer Meldung oder vom Ombudsdienst ergriffene Maßnahmen zur Prüfung der Stichhaltigkeit der in der Meldung erhobenen Behauptungen und gegebenenfalls zum Vorgehen gegen den gemeldeten Verstoß, u. a. durch interne Nachforschungen, Ermittlungen, Strafverfolgungsmaßnahmen, Maßnahmen zur (Wieder-)Einziehung von Mitteln oder Abschluss des Verfahrens;

15. Rückmeldung: die Unterrichtung des Hinweisgebers über die geplanten oder bereits ergriffenen Folgemaßnahmen und die Gründe für diese Folgemaßnahmen.

Abschnitt 2 — Meldung von Informationen über Verstöße

Art. 17 - Interne Meldungen

Unbeschadet der Artikel 18 und 28 können interne und externe Hinweisgeber Informationen über Verstöße bei den Behörden melden. Zu diesem Zweck richten die Behörden Kanäle und Verfahren für interne Meldungen und für Folgemaßnahmen gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts ein.

Die in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *c*) genannten Behörden können in Form einer Projektvereinigung gemäß Artikel L1512-2 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung einen gemeinsamen internen Meldekanal betreiben.

Die in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben *d*) und *e*) erwähnten Einrichtungen, die weniger als 50 Arbeitnehmer zählen, können:

1. fakultativ einen internen Meldekanal einrichten bzw.
2. einen Dritten beauftragen, einen gemeinsamen internen Meldekanal für sie zu betreiben.

In Abweichung von Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 werden der Medienrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Anwendung des vorliegenden Artikels den in Absatz 3 erwähnten Einrichtungen gleichgestellt.

Art. 18 - Externe Meldungen

Unbeschadet des Artikels 3 § 3 des Dekrets vom 26. Mai 2009 zur Schaffung des Amtes einer Ombudsperson für die Deutschsprachige Gemeinschaft und des Artikels 28 Nummer 2 können interne und externe Hinweisgeber Informationen über Verstöße beim Ombudsdienst melden.

Der Ombudsdienst bearbeitet die externen Meldungen gemäß den Vorgaben des Dekrets vom 26. Mai 2009 zur Schaffung des Amtes einer Ombudsperson für die Deutschsprachige Gemeinschaft, es sei denn, dass die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts hiervon abweichen.

Dabei sorgt der Ombudsdienst dafür, dass die Vollständigkeit, Integrität und Vertraulichkeit der Information gewährleistet wird.

Art. 19 - Vorgaben für Meldekanäle

Die Meldekanäle werden so sicher gestaltet, eingerichtet und betrieben, dass die Vertraulichkeit der Identität des Hinweisgebers und Dritter, die in der Meldung erwähnt werden, gewahrt bleibt und unbefugten Personen der Zugriff darauf verwehrt wird. Bei externen Meldungen stellt der Ombudsdienst sicher, dass die Identität der betroffenen Personen während der Dauer einer durch die Meldung oder Offenlegung ausgelösten Untersuchung geschützt bleibt.

Bei der Einrichtung von Meldekanälen wird eine unparteiische Person oder Abteilung bestimmt, die für die Folgemaßnahmen zu den Meldungen zuständig ist, wobei es sich um dieselbe Person oder Abteilung handeln kann, die die Meldungen entgegennimmt und die mit dem Hinweisgeber in Kontakt bleibt, diesen erforderlichenfalls um weitere Informationen ersucht und ihm Rückmeldung gibt.

Wird eine Meldung nicht gemäß den Vorgaben des vorliegenden Abschnitts eingereicht oder von einer anderen als der in Absatz 2 erwähnten Person oder Abteilung entgegengenommen, leiten die Beschäftigten, die die Meldung entgegengenommen haben, diese unverzüglich und unverändert an die in Absatz 2 erwähnte Person oder Abteilung weiter, ohne dabei Informationen offenzulegen, durch die die Identität des Hinweisgebers oder der betroffenen Personen bekannt werden könnte.

Die Meldekanäle überprüfen ihre Verfahren für die Entgegennahme von Meldungen und die Folgemaßnahmen regelmäßig und mindestens alle drei Jahre und passen sie aufgrund von Erfahrungswerten gegebenenfalls entsprechend an.

Art. 20 - Einreichen einer Meldung

§ 1 - Hinweisgeber können Meldungen in schriftlicher und/oder mündlicher Form einreichen. Mündliche Meldungen sind telefonisch oder mittels einer anderen Art der Sprachübermittlung sowie, auf Ersuchen des Hinweisgebers, im Wege einer physischen Zusammenkunft innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens möglich.

Meldungen sind nur dann zulässig, wenn Name und Kontaktangaben des Hinweisgebers bekannt sind.

§ 2 - Bei telefonisch oder mittels einer anderen Art der Sprachübermittlung erfolgten Meldungen, die aufgezeichnet werden, kann der Meldekanal vorbehaltlich der Zustimmung des Hinweisgebers die mündliche Meldung auf eine der folgenden Weisen dokumentieren:

1. durch Erstellung einer Tonaufzeichnung des Gesprächs in dauerhafter und abrufbarer Form oder
2. durch die vollständige und genaue Niederschrift des Gesprächs durch die für die Bearbeitung der Meldungen verantwortlichen Mitarbeiter.

Bei telefonisch oder mittels einer anderen Art der Sprachübermittlung erfolgten Meldungen, die nicht aufgezeichnet werden, kann der Meldekanal die mündliche Meldung mittels eines von den für die Bearbeitung der Meldungen verantwortlichen Mitarbeitern erstellten genauen Gesprächsprotokolls dokumentieren.

§ 3 - Bittet ein Hinweisgeber um eine Zusammenkunft, um einen Verstoß zu melden, sorgt der Meldekanal vorbehaltlich der Zustimmung des Hinweisgebers dafür, dass vollständige und genaue Aufzeichnungen über die Zusammenkunft in dauerhafter und abrufbarer Form aufbewahrt werden. Er kann die Zusammenkunft auf eine der folgenden Weisen dokumentieren:

1. durch Erstellung einer Tonaufzeichnung des Gesprächs in dauerhafter und abrufbarer Form oder
2. durch ein von den für die Bearbeitung der Meldung verantwortlichen Mitarbeitern erstelltes genaues Protokoll der Zusammenkunft.

§ 4 - In den in § 2 und 3 erwähnten Fällen geben die Meldekanäle dem Hinweisgeber Gelegenheit, die Niederschrift zu überprüfen, gegebenenfalls zu korrigieren und durch seine Unterschrift zu bestätigen.

Art. 21 - Empfangsbestätigung

Binnen sieben Tagen nach Eingang der Meldung erhält der Hinweisgeber eine Bestätigung dieses Eingangs durch den Meldekanal, sofern der Hinweisgeber sich nicht ausdrücklich dagegen ausgesprochen oder der Meldekanal hinreichenden Grund zu der Annahme hat, dass die Bestätigung des Eingangs der Meldung den Schutz der Identität des Hinweisgebers beeinträchtigen würde.

Art. 22 - Bearbeitungsfrist

Binnen drei Monaten ab der Bestätigung des Eingangs der Meldung bzw. nach Ablauf der in Artikel 21 erwähnten Frist von sieben Tagen nach Eingang der Meldung, wenn der Eingang dem Hinweisgeber nicht bestätigt wurde, erhält der Hinweisgeber eine Rückmeldung.

Bei externen Meldungen kann der Ombudsdienst, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, die in Absatz 1 erwähnte Frist auf insgesamt sechs Monate verlängern.

Art. 23 - Untersuchung der Meldung

Der Meldekanal untersucht die gemeldeten Informationen über Verstöße und ergreift im Anschluss die ordnungsgemäßen Folgemaßnahmen.

Behörden, die eine Meldung erhalten haben, aber nicht befugt sind, gegen den gemeldeten Verstoß vorzugehen, leiten die Meldung schnellstmöglich auf sichere Weise an den Ombudsdienst weiter und setzen den Hinweisgeber unverzüglich über diese Weiterleitung in Kenntnis.

Art. 24 - Besondere Bestimmungen für externe Meldungen

§ 1 - Der Ombudsdienst kann nach ordnungsgemäßer Prüfung des Sachverhalts entscheiden, dass:

1. ein gemeldeter Verstoß eindeutig geringfügig ist und mit Ausnahme des Abschlusses des Verfahrens keine weiteren Folgemaßnahmen erfordert;
2. ein Verfahren im Fall von wiederholten Meldungen, die im Vergleich zu einer vorangegangenen Meldung, für die die einschlägigen Verfahren abgeschlossen wurden, keine zweckdienlichen neuen Informationen über Verstöße beinhalten, abgeschlossen werden kann, es sei denn, neue rechtliche oder sachliche Umstände rechtfertigen ein anderes Vorgehen.

In diesen Fällen teilt der Ombudsdienst dem Hinweisgeber seine Entscheidung und die Gründe hierfür mit.

§ 2 - Der Ombudsdienst teilt dem Hinweisgeber das abschließende Ergebnis von durch die Meldung ausgelösten Untersuchungen mit.

Art. 25 - Informationspflichten

§ 1 - Auf der Internetseite des Ombudsdienstes werden in einem gesonderten sowie leicht erkennbaren und zugänglichen Abschnitt mindestens folgende Informationen veröffentlicht:

1. die Bedingungen für den Schutz gemäß dem vorliegenden Kapitel;
2. die Kontaktdaten des Ombudsdienstes, insbesondere die E-Mail-Adressen und Postanschriften sowie die Telefonnummern mit der Angabe, ob die Telefongespräche aufgezeichnet werden;
3. die geltenden Verfahrensvorschriften für die Meldung von Verstößen an den Ombudsdienst oder an Organe, Einrichtungen oder sonstige Stellen der Europäischen Union, insbesondere die Art und Weise, in der der Ombudsdienst den Hinweisgeber auffordern kann, die gemeldeten Informationen zu präzisieren oder zusätzliche Informationen zu liefern, der Zeitrahmen für die Rückmeldung sowie Art und Inhalt dieser Rückmeldung;
4. die geltende Vertraulichkeitsregelung für Meldungen und insbesondere die Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung;
5. die Art der zu eingehenden Meldungen zu ergreifenden Folgemaßnahmen;
6. die verfügbaren Abhilfemöglichkeiten und Verfahren für den Schutz vor Repressalien sowie die Verfügbarkeit einer vertraulichen Beratung von Personen, die in Erwägung ziehen, eine Meldung einzureichen;
7. eine Erläuterung, aus der eindeutig hervorgeht, unter welchen Umständen Personen, die eine Meldung an den Ombudsdienst richten, gemäß Artikel 33 Nummer 1 nicht wegen Verletzung der Geheimhaltungspflicht haftbar gemacht werden können.

Auf den jeweiligen Internetseiten der Behörden werden mindestens folgende Informationen veröffentlicht:

1. die in Absatz 1 aufgeführten Informationen und/oder ein Verweis auf den in Absatz 1 erwähnten Abschnitt der Internetseite des Ombudsdienstes;
2. ein Hinweis darauf, dass die Meldung über interne Meldekanäle gegenüber der Meldung über externe Meldekanäle in den Fällen zu bevorzugen ist, in denen intern wirksam gegen den Verstoß vorgegangen werden kann und der Hinweisgeber keine Repressalien befürchtet.

§ 2 - Die Behörden bieten eine umfassende und unabhängige Information und Beratung über die verfügbaren Abhilfemöglichkeiten und Verfahren gegen Repressalien und die Rechte der betroffenen Personen an, die der Öffentlichkeit einfach und kostenlos zugänglich sind.

Art. 26 - Register und Berichtspflichten

Die Meldekanäle führen im Einklang mit den Vertraulichkeitspflichten gemäß Artikel 27 pro Kalenderjahr ein Register über die eingegangenen Meldungen.

Der Ombudsdienst dokumentiert fortlaufend die folgenden Statistiken:

1. die Zahl der eingegangenen Meldungen;
2. die Zahl der Untersuchungen und Gerichtsverfahren, die infolge dieser Meldungen eingeleitet wurden, sowie deren Ergebnisse;
3. sofern festgestellt, der geschätzte finanzielle Schaden sowie im Anschluss an Untersuchungen und Gerichtsverfahren zu den gemeldeten Verstößen (wieder-) eingezogene Beträge.

Art. 27 - Vertraulichkeit

§ 1 - Die Identität des Hinweisgebers wird gegenüber keiner anderen Person als der in Artikel 19 Absatz 2 erwähnten Person oder Abteilung offengelegt. Dies gilt auch für alle anderen Informationen, aus denen die Identität des Hinweisgebers direkt oder indirekt abgeleitet werden kann, es sei denn:

1. der Hinweisgeber stimmt dem ausdrücklich zu;
2. es besteht eine notwendige und verhältnismäßige Pflicht im Rahmen der Untersuchungen durch den Ombudsdienst oder von Gerichtsverfahren, insbesondere im Hinblick auf die Wahrung der Verteidigungsrechte der betroffenen Personen.

In dem in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Fall wird der Hinweisgeber unterrichtet, bevor seine Identität offengelegt wird, es sei denn, diese Unterrichtung würde die entsprechenden Untersuchungen oder Gerichtsverfahren gefährden. Im Rahmen der Unterrichtung von Hinweisgebern übermittelt der Ombudsdienst ihnen eine schriftliche Darlegung der Gründe für die Offenlegung der betreffenden vertraulichen Daten.

§ 2 - Beinhaltene Informationen über Verstöße Geschäftsgeheimnisse, verwendet oder veröffentlicht der Ombudsdienst diese Geschäftsgeheimnisse nicht für Zwecke, die über das für ordnungsgemäße Folgemaßnahmen erforderliche Maß hinausgehen.

Abschnitt 3 — Offenlegung von Informationen über Verstöße

Art. 28 - Offenlegung

Hinweisgeber können in folgenden Fällen Informationen über Verstöße offenlegen:

1. Der Hinweisgeber hat zunächst intern und extern oder unmittelbar extern gemäß den Artikeln 17 oder 18 eine Meldung eingereicht, aber zu seiner Meldung wurden binnen drei bzw. sechs Monaten keine geeigneten Maßnahmen ergriffen.

2. Der Hinweisgeber hat hinreichenden Grund zu der Annahme, dass:

a) der Verstoß eine unmittelbare oder offenkundige Gefährdung des öffentlichen Interesses darstellen kann, wie in einer Notsituation oder bei Gefahr eines irreversiblen Schadens, oder

b) im Fall einer externen Meldung Repressalien zu befürchten sind oder aufgrund der besonderen Umstände des Falls geringe Aussichten bestehen, dass wirksam gegen den Verstoß vorgegangen wird, insbesondere weil Beweismittel unterdrückt oder vernichtet werden könnten oder wenn zwischen einer Behörde und dem Urheber des Verstoßes Absprachen bestehen könnten oder die Behörde an dem Verstoß beteiligt sein könnte.

Abschnitt 4 — Schutzmaßnahmen

Art. 29 - Geschützte Personen

Die Schutzmaßnahmen gemäß dem vorliegenden Abschnitt sind auf Hinweisgeber anwendbar, die folgende Bedingungen erfüllen:

1. Sie haben intern gemäß Artikel 17 oder extern gemäß Artikel 18 eine Meldung eingereicht, eine Offenlegung gemäß Artikel 28 vorgenommen oder eine Meldung bei Organen, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der Europäischen Union eingereicht.

2. Sie hatten hinreichenden Grund zu der Annahme, dass die gemeldeten Informationen über Verstöße zum Zeitpunkt der Meldung der Wahrheit entsprachen und dass diese Informationen in den Anwendungsbereich des vorliegenden Kapitels fielen.

Dieselben Schutzmaßnahmen sind ebenfalls anwendbar auf:

1. Mittler;
2. Dritte, die mit den Hinweisgebern in Verbindung stehen und in einem beruflichen Kontext Repressalien erleiden könnten;
3. juristische Personen, die im Eigentum des Hinweisgebers stehen oder für die der Hinweisgeber arbeitet oder mit denen er in einem beruflichen Kontext anderweitig in Verbindung steht.

Art. 30 - Repressalien - Verbot

Den Behörden ist jede Form von Repressalien gegen die in Artikel 29 erwähnten Personen, einschließlich der Androhung von Repressalien und des Versuchs von Repressalien, untersagt.

Insbesondere folgende Maßnahmen gelten als Repressalien gemäß Absatz 1:

1. Suspendierung, Kündigung oder vergleichbare Maßnahmen;
2. Herabstufung oder Versagung einer Beförderung;
3. Aufgabenverlagerung, Änderung des Arbeitsortes, Gehaltsminderung, Änderung der Arbeitszeit;
4. Versagung der Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen;
5. negative Leistungsbeurteilung oder Ausstellung eines schlechten Arbeitszeugnisses;
6. Disziplinarmaßnahme, Rüge oder sonstige Sanktion, einschließlich finanzieller Sanktionen;
7. Nötigung, Einschüchterung, Mobbing oder Ausgrenzung;
8. Diskriminierung, benachteiligende oder ungleiche Behandlung;
9. Nichtumwandlung eines befristeten Arbeitsvertrags in einen unbefristeten Arbeitsvertrag in Fällen, in denen der Arbeitnehmer zu Recht erwarten durfte, einen unbefristeten Arbeitsvertrag angeboten zu bekommen;

10. Nichtverlängerung oder vorzeitige Beendigung eines befristeten Arbeitsvertrags;

11. Schädigung und Rufschädigung, insbesondere in den sozialen Medien, oder Herbeiführung finanzieller Verluste, einschließlich Auftrags- oder Einnahmeverluste;

12. Erfassung des Hinweisgebers auf einer "schwarzen Liste" auf Basis einer informellen oder formellen sektor- oder branchenspezifischen Vereinbarung mit der Folge, dass der Hinweisgeber sektor- oder branchenweit keine Beschäftigung mehr findet;

13. vorzeitige Kündigung oder Aufhebung eines Vertrags über Waren oder Dienstleistungen;

14. Entzug einer Lizenz oder einer Genehmigung;

15. psychiatrische oder ärztliche Überweisungen.

Art. 31 - Repressalien - Beweislast

In Verwaltungsverfahren, die sich auf eine vom Hinweisgeber erlittene Benachteiligung beziehen und in denen der Hinweisgeber geltend macht, diese Benachteiligung infolge seiner Meldung oder der Offenlegung erlitten zu haben, wird vermutet, dass die Benachteiligung eine Repressalie für die Meldung oder Offenlegung war.

In diesen Fällen obliegt es der Behörde, die die benachteiligende Maßnahme ergriffen hat, zu beweisen, dass diese Maßnahme auf hinreichend gerechtfertigten Gründen basierte.

Art. 32 - Repressalien - Unterstützung durch den Ombudsdienst

Der Ombudsdienst unterstützt die in Artikel 29 erwähnten Personen beim Kontakt mit etwaigen am Schutz vor Repressalien beteiligten Behörden.

Art. 33 - Haftungsklagen

Die Behörden leiten keine Gerichtsverfahren gegen die in Artikel 29 erwähnten Personen ein im Hinblick auf eine etwaige Haftung für:

1. die Offenlegung von Informationen, sofern es sich nicht um Informationen gemäß Artikel 15 § 1 Absatz 2 handelt und die in Artikel 33 erwähnten Personen hinreichenden Grund zu der Annahme hatten, dass die Meldung oder Offenlegung der Information notwendig war, um einen Verstoß gemäß dem vorliegenden Kapitel aufzudecken;

2. die Beschaffung der oder den Zugriff auf Informationen, die gemeldet oder offengelegt wurden, sofern die Beschaffung oder der Zugriff an sich keine eigenständige Straftat darstellen.

Art. 34 - Verbot von Abweichungen

In den Arbeitsvereinbarungen oder anwendbaren Arbeitsbedingungen der Behörden darf nicht von den Rechten gemäß dem vorliegenden Abschnitt abgewichen werden. Entsprechende Bestimmungen sind von Rechts wegen nichtig.

Art. 35 - Strafrechtliche Sanktionen

Wird mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu fünf Jahren und einer Geldbuße von 200 bis 10.000 Euro oder einer dieser Strafen bestraft:

1. wer eine oder mehrere Meldungen gemäß Artikel 17 oder 18 behindert oder zu behindern versucht;

2. wer gegen die Vertraulichkeitspflichten gemäß Artikel 27 verstößt;

3. wer gegen die in Artikel 29 erwähnten Personen Repressalien gemäß Artikel 30 ergreift.

KAPITEL 4 — *Datenschutzbestimmungen*

Art. 36 - Verarbeitung personenbezogener Daten

§ 1 - Die Behörden selbst sind für die im Kapitel 2 erwähnten Verarbeitungen personenbezogener Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich. Sie benennen hierfür ausdrücklich einen Verantwortlichen für die Datenverarbeitung. Die Behörden selbst oder die von ihnen bezeichneten Verantwortlichen gelten als Verantwortliche für diese Verarbeitung im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung für die Erfüllung der im vorliegenden Kapitel aufgeführten Aufgaben.

Die Meldekanäle sind für die im Kapitel 3 erwähnten Verarbeitungen personenbezogener Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich. Sie gelten als Verantwortliche für diese Verarbeitung im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung für die Erfüllung der im vorliegenden Kapitel aufgeführten Aufgaben.

§ 2 - Die in § 1 erwähnten Verantwortlichen dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge in Zusammenhang mit dem vorliegenden Dekret verwenden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Art. 37 - Datenkategorien

§ 1 - Die in Artikel 36 § 1 Absatz 1 erwähnten Verantwortlichen können gemäß Artikel 36 folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten:

1. Name, Eigenschaft und Kontaktangaben des Beschwerdeführers;

2. Name und Eigenschaft der Personen, die die Amtshandlung vollzogen haben, gegen die Beschwerde eingereicht wurde bzw. gegen deren Arbeitsweise Beschwerde eingereicht wurde;

3. Name und Eigenschaft anderer Personen, die vom Beschwerdeverfahren betroffen bzw. daran beteiligt sind;

4. Informationen über die Angelegenheit, die Anlass zur Beschwerde gegeben hat;

5. Name und Eigenschaft eventueller Zeugen.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können für den Empfang und die Untersuchung von Beschwerden gemäß Kapitel 2 sowie das Ergreifen von Folgemaßnahmen verarbeitet werden.

Personenbezogene Daten, die für die Bearbeitung einer spezifischen Beschwerde offensichtlich nicht relevant sind, werden nicht erhoben bzw. unverzüglich wieder gelöscht, falls sie unbeabsichtigt erhoben wurden.

§ 2 - Die in Artikel 36 § 1 Absatz 2 erwähnten Verantwortlichen, einschließlich der in Artikel 19 Absatz 2 erwähnten Personen oder Abteilungen, können gemäß Artikel 36 folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten:

1. Name, Eigenschaft und Kontaktangaben des Hinweisgebers;
2. Name, Eigenschaft und Kontaktangaben von Mittlern und Dritten, die mit den Hinweisgebern in Verbindung stehen und in einem beruflichen Kontext Repressalien erleiden könnten;
3. Name und Eigenschaft der betroffenen Personen sowie die Informationen über die von ihnen begangenen Verstöße;
4. Name und Eigenschaft eventueller Zeugen;
5. je nach Fall, die schriftliche Meldung, die Tonaufzeichnung des Gesprächs bei einer mündlichen Meldung sowie die Niederschrift des Protokolls der Zusammenkunft bei einer mündlichen Meldung.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können zu folgenden Zwecken verarbeitet werden:

1. für den Empfang und die Untersuchung von Meldungen gemäß Artikel 17 oder 18 sowie das Ergreifen von Folgemaßnahmen;
2. für persönliche Informationen und Beratungen gemäß Artikel 25 § 2;
3. für die Unterstützung der in Artikel 29 erwähnten Personen durch den Ombudsdienst gemäß Artikel 32.

Personenbezogene Daten, die für die Bearbeitung einer spezifischen Meldung offensichtlich nicht relevant sind, werden nicht erhoben bzw. unverzüglich wieder gelöscht, falls sie unbeabsichtigt erhoben wurden.

Art. 38 - Dauer der Datenverarbeitung

Die Daten dürfen höchstens während zehn Jahren nach Eingang der Beschwerde bzw. der Meldung aufbewahrt werden.

Die Daten betreffend Meldungen werden im Einklang mit den Vertraulichkeitspflichten gemäß Artikel 27 in einer Form aufbewahrt, die die Identifizierung der Betroffenen ermöglicht.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden die Daten betreffend Beschwerden und Meldungen spätestens nach Ablauf dieser Fristen vernichtet.

Art. 39 - Sicherheitsmaßnahmen

Die Behörden legen für die durch vorliegendes Dekret vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen fest.

KAPITEL 5 — *Schlussbestimmungen*

Art. 40 - Abänderungsbestimmung

Artikel 2 Absatz 2 des Dekrets vom 16. Oktober 1995 über die Öffentlichkeit von Verwaltungsdokumenten wird wie folgt ersetzt:

„Jedes Verwaltungsdokument, mit dem einem Betroffenen eine von einer Verwaltungsbehörde ausgehende Entscheidung oder individuelle Verwaltungshandlung zugestellt wird, führt gegebenenfalls spezifische Einspruchs- und Beschwerdemöglichkeiten, die diesbezüglichen Einspruchs- und Beschwerdeinstanzen sowie die einzuhaltenden Formen und Fristen auf, andernfalls setzen die Verjährungsfristen, um einen Einspruch bzw. eine Beschwerde bei einer Instanz der Deutschsprachigen Gemeinschaft einzureichen, erst vier Monate, nachdem dem Betroffenen die Verwaltungshandlung oder die Entscheidung zur Kenntnis gebracht worden ist, ein.“

Art. 41 - Abänderungsbestimmung

Artikel 5 § 1 Spiegelstrich 6 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 21. März 2005, wird wie folgt ersetzt:

“- die Ermittlung oder Verfolgung von Handlungen, die strafrechtlich, verwaltungsrechtlich oder disziplinarisch geahndet werden können, solange die Verhängung einer Sanktion möglich bleibt.“

Art. 42 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 44 § 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Handelt es sich um Informationen über Verstöße, die in den Anwendungsbereich von Kapitel 3 des Dekrets vom 21. Februar 2022 zur Festlegung verschiedener Instrumente des Informations- und Beschwerdemanagements in der Deutschsprachigen Gemeinschaft fallen, kann der betreffende Bedienstete eine interne oder externe Meldung gemäß den Bestimmungen desselben Kapitels einreichen.“

Art. 43 - Abänderungsbestimmung

In der Überschrift des Dekrets vom 26. Mai 2009 zur Schaffung des Amtes eines Ombudsmanns für die Deutschsprachige Gemeinschaft wird die Wortfolge „eines Ombudsmanns“ durch die Wortfolge „einer Ombudsperson“ ersetzt.

Art. 44 - Abänderungsbestimmung

Artikel 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, der zum einzigen Absatz wird, wird die Wortfolge „eines Ombudsmanns“ durch die Wortfolge „einer Ombudsperson“ ersetzt.

2. Absatz 2 wird aufgehoben.

Art. 45 - Abänderungsbestimmung

Artikel 2 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Januar 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

“1. Behörde:

a) die Deutschsprachige Gemeinschaft,

b) die Einrichtungen öffentlichen Rechts, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft abhängen,

c) die Gemeinden, öffentlichen Sozialhilfezentren und sonstigen Gebietskörperschaften des deutschen Sprachgebiets, mit Ausnahme der Mehrgemeindepolizeizonen und Hilfeleistungszonen, insofern sie nicht über eine eigene Ombudsperson oder einen eigenen Ombudsdienst verfügen,

d) jede Einrichtung, ungeachtet ihrer Art und Rechtsform:

- die zu dem besonderen Zweck gegründet wurde, im Allgemeininteresse liegende Aufgaben zu erfüllen, die nicht gewerblicher Art sind, und

- die Rechtspersönlichkeit besitzt und

- deren Tätigkeit überwiegend von den unter Buchstabe a) und b) erwähnten Behörden oder Einrichtungen finanziert wird oder hinsichtlich ihrer Leitung der Aufsicht durch letztere unterliegt oder deren Verwaltungs-, Leitungs-

oder Aufsichtsorgan mehrheitlich aus Mitgliedern besteht, die von diesen Behörden oder Einrichtungen ernannt worden sind,

e) die von einer oder mehreren der unter Buchstabe a), b), c) oder d) erwähnten Behörden gebildeten Vereinigungen;"

2. Die Nummern 2 und 3 von Absatz 1 werden aufgehoben.

3. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

"Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets gelten das Parlament sowie die Regierung als Behörde im Sinne von Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a)."

Art. 46 - Abänderungsbestimmung

Artikel 2.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Januar 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "des Ombudsmanns" durch die Wortfolge "der Ombudsperson" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "dem Ombudsmann" durch die Wortfolge "der Ombudsperson" ersetzt.

Art. 47 - Abänderungsbestimmung

Artikel 3 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Januar 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift des Artikels wird die Wortfolge "des Ombudsmanns" durch die Wortfolge "der Ombudsperson" ersetzt.

2. In § 1 wird die Wortfolge "Der Ombudsmann" durch die Wortfolge "Die Ombudsperson" und die Wortfolge "des Ombudsmanns" durch die Wortfolge "der Ombudsperson" ersetzt.

3. In § 2 wird die Wortfolge "Der Ombudsmann" jeweils durch die Wortfolge "Die Ombudsperson" und die Wortfolge "indem er" durch die Wortfolge "indem sie" ersetzt.

4. In § 2.1 wird die Wortfolge "der Ombudsmann" durch die Wortfolge "die Ombudsperson" ersetzt.

5. Im einleitenden Satz von § 3 Absatz 1 wird die Wortfolge "des Ombudsmanns" durch die Wortfolge "der Ombudsperson" und die Angabe "Artikel 2 Absatz 1 Nummern 1 und 2" durch die Angabe "Artikel 2 Absatz 1 Nummer 1" ersetzt.

6. In § 3 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Unbeschadet Absatz 1 prüft die Ombudsperson Informationen über Verstöße, die in den Anwendungsbereich von Kapitel 3 des Dekrets vom 21. Februar 2022 zur Festlegung verschiedener Instrumente des Informations- und Beschwerdemanagements in der Deutschsprachigen Gemeinschaft fallen, gemäß den Bestimmungen desselben Kapitels. Für den Empfang, die Bearbeitung und die Untersuchung solcher Meldungen sowie für das Ergreifen von Schutzmaßnahmen in diesem Zusammenhang sind die Bestimmungen desselben Kapitels anwendbar."

7. In § 4 wird die Wortfolge "Der Ombudsmann" durch die Wortfolge "Die Ombudsperson" ersetzt.

Art. 48 - Abänderungsbestimmung

Artikel 4 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Die Wortfolge "seiner Aufgaben" wird durch die Wortfolge "ihrer Aufgaben" ersetzt.

2. Die Wortfolge "der Ombudsmann" wird durch die Wortfolge "die Ombudsperson" ersetzt.

3. Zwischen das Wort "Ziel" und das Komma wird die Wortfolge ", unter Beachtung der Prinzipien der guten Verwaltungspraxis, der Rechtsstaatlichkeit sowie der Förderung des Schutzes der Menschenrechte" eingefügt.

Art. 49 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 5 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "des ersten Ombudsmanns" durch die Wortfolge "der ersten Ombudsperson" und die Wortfolge "auf dessen" durch die Wortfolge "auf deren" ersetzt.

Art. 50 - Abänderungsbestimmung

Artikel 6 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Januar 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift des Artikels wird die Wortfolge "des Ombudsmanns" durch die Wortfolge "der Ombudsperson" ersetzt.

2. In Absatz 1 wird die Wortfolge "Der Ombudsmann" durch die Wortfolge "Die Ombudsperson" ersetzt.

Art. 51 - Abänderungsbestimmung

Im einleitenden Satz von Artikel 7 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Januar 2016, wird die Wortfolge "Zum Ombudsmann" durch die Wortfolge "Zur Ombudsperson" ersetzt.

Art. 52 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 8 desselben Dekrets wird die Wortfolge "seinem Amtsantritt" durch die Wortfolge "ihrem Amtsantritt" und die Wortfolge "der Ombudsmann" durch die Wortfolge "die Ombudsperson" ersetzt.

Art. 53 - Abänderungsbestimmung

Artikel 9 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Januar 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "seiner Mandatszeit" durch die Wortfolge "ihrer Mandatszeit" und die Wortfolge "der Ombudsmann" durch die Wortfolge "die Ombudsperson" ersetzt.
2. In § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge "Der Ombudsmann" durch die Wortfolge "Die Ombudsperson" und die Wortfolge "seines Mandats" durch die Wortfolge "ihres Mandats" ersetzt.
3. In § 2 wird die Wortfolge "Der Ombudsmann" durch die Wortfolge "Die Ombudsperson", die Wortfolge "seines Amtes" durch die Wortfolge "ihres Amtes" und das Wort "seiner" jeweils durch das Wort "ihrer" ersetzt.
4. In § 3 Absatz 2 wird die Wortfolge "zum Ombudsmann" durch die Wortfolge "zur Ombudsperson" ersetzt.

Art. 54 - Abänderungsbestimmung

Artikel 10 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Art. 10 - Unabhängigkeit

Die Ombudsperson handelt bei der Erfüllung ihrer Aufgaben völlig unabhängig, unparteiisch und neutral. Sie kann von ihrem Mandat nicht entbunden werden für Handlungen, die sie im Rahmen der Ausübungen ihres Amtes vornimmt, oder Meinungen, die sie im Rahmen ihrer Tätigkeiten äußert."

Art. 55 - Abänderungsbestimmung

Artikel 11 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "Der Ombudsmann hat seinen" durch die Wortfolge "Die Ombudsperson hat ihren" ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "des Ombudsmanns" durch die Wortfolge "der Ombudsperson" und die Wortfolge "seines Amtes" durch die Wortfolge "ihres Amtes" ersetzt.

Art. 56 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 12 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Der Ombudsmann und sein" durch die Wortfolge "Die Ombudsperson und ihr" ersetzt.

Art. 57 - Abänderungsbestimmung

Artikel 13 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Januar 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird die Wortfolge "eines Ombudsmanns" durch die Wortfolge "einer Ombudsperson" ersetzt.
2. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "des Ombudsmanns" durch die Wortfolge "der Ombudsperson", die Wortfolge "auf sein" durch die Wortfolge "auf ihr", die Wortfolge "wenn sein" durch die Wortfolge "wenn ihr", die Wortfolge "seiner Aufgaben" durch die Wortfolge "ihrer Aufgaben" und die Wortfolge "wenn er" jeweils durch die Wortfolge "wenn sie" ersetzt.
3. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge "den Ombudsmann" durch die Wortfolge "die Ombudsperson" und die Wortfolge "dem Ombudsmann" durch die Wortfolge "der Ombudsperson" ersetzt.
4. In § 3 Absatz 1 wird die Wortfolge "der amtierende Ombudsmann seine" durch die Wortfolge "die amtierende Ombudsperson ihre", die Wortfolge "seines Mandates" durch die Wortfolge "ihres Mandats" und die Wortfolge "einen Ombudsmann" durch die Wortfolge "eine Ombudsperson" ersetzt.
5. In § 3 Absatz 2 wird die Wortfolge "des im Rahmen dieses Paragraphen eingesetzten Ombudsmanns" durch die Wortfolge "der im Rahmen dieses Paragraphen eingesetzten Ombudsperson" ersetzt.

Art. 58 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 14 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Der Ombudsmann" durch die Wortfolge "Die Ombudsperson" ersetzt.

Art. 59 - Abänderungsbestimmung

Artikel 15 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Januar 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "Der Ombudsmann" durch die Wortfolge "Die Ombudsperson" und das Wort "seinen" durch das Wort "ihren" ersetzt.
2. Absatz 1 Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

"3. sie gemäß den in den koordinierten Gesetzen vom 18. Juli 1966 über den Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten festgelegten sprachlichen Vorgaben eingereicht wurde;"
3. Zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

"Die Ombudsperson verweigert die Behandlung einer Beschwerde, wenn ein organisierter verwaltungsrechtlicher Einspruch oder ein gerichtlicher Einspruch in der Beschwerdeangelegenheit anhängig ist."
4. In Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird die Wortfolge "Der Ombudsmann" durch die Wortfolge "Die Ombudsperson" und die Wortfolge "der Ombudsmann" durch die Wortfolge "die Ombudsperson" ersetzt.
5. In Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird die Nummer 5 wie folgt ersetzt:

"5. sie Bezug auf Personalfragen der Behörde nimmt, in der der Beschwerdeführer beschäftigt ist, mit Ausnahme:

 - einer im Rahmen von Artikel 3 § 3 formulierten Beschwerde und
 - einer Beschwerde, für die der Beschwerdeführer glaubhaft machen kann, dass ihm keine andere spezifische Beschwerdemöglichkeit offensteht;"
6. In Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird folgende Nummer 6 eingefügt:

"6. sie mit der Prüfung einer richterlichen Entscheidung einhergeht."

Art. 60 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 16 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Januar 2016, wird die Wortfolge "ein direktes Interesse" durch die Wortfolge "ein Interesse" und die Wortfolge "beim Ombudsmann" durch die Wortfolge "bei der Ombudsperson" ersetzt.

Art. 61 - Abänderungsbestimmung

Artikel 16.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Januar 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einzigen Absatz, der zu Absatz 1 wird, wird die Angabe "Artikel 3 § 3" durch die Angabe "Artikel 3 § 3 Absatz 1", die Wortfolge "des Ombudsmanns" durch die Wortfolge "der Ombudsperson" und die Wortfolge "Die entsprechenden Verwaltungsbehörden und lokalen Verwaltungsbehörden" durch die Wortfolge "Die entsprechenden Behörden" ersetzt sowie die Wortfolge ", Regeln zur Beweislastverteilung" gestrichen.

2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 sind für die in Artikel 3 § 3 Absatz 2 erwähnten Meldungen die Schutzmaßnahmen gemäß Kapitel 3 Abschnitt 4 des Dekrets vom 21. Februar 2022 zur Festlegung verschiedener Instrumente des Informations- und Beschwerdemanagements in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbar."

Art. 62 - Abänderungsbestimmung

Artikel 17 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "Der Ombudsmann" durch die Wortfolge "Die Ombudsperson", die Wortfolge "seinen Beschluss" durch die Wortfolge "ihren Beschluss" und die Wortfolge "einen anderen Ombudsmann oder" durch die Wortfolge "eine andere Ombudsperson oder einen anderen" ersetzt.

2. In § 1 Absatz 3 wird die Wortfolge "Der Ombudsmann" durch die Wortfolge "Die Ombudsperson" und das Wort "er" durch das Wort "sie" ersetzt.

3. In § 2 wird die Wortfolge "Der Ombudsmann" durch die Wortfolge "Die Ombudsperson" ersetzt.

Art. 63 - Abänderungsbestimmung

Artikel 18 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "Der Ombudsmann" durch die Wortfolge "Die Ombudsperson" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "Er versucht" durch die Wortfolge "Sie versucht" ersetzt.

Art. 64 - Abänderungsbestimmung

In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 18.1 eingefügt:

"Art. 18.1 - Vertraulichkeit

Die Dokumente und Informationen im Rahmen des Prüfverfahrens sind von allen Beteiligten vertraulich zu behandeln."

Art. 65 - Abänderungsbestimmung

Artikel 19 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Januar 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "Der Ombudsmann" durch die Wortfolge "Die Ombudsperson", die Angabe "Artikel 2 Absatz 1 Nummern 1 bis 3" durch die Angabe "Artikel 2

Absatz 1 Nummer 1" und die Wortfolge "an die er im Rahmen seines Auftrags" durch die Wortfolge "an die sie im Rahmen ihres Auftrags" ersetzt.

2. In § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge "der Ombudsmann" durch die Wortfolge "die Ombudsperson" ersetzt.

3. In § 2 wird die Wortfolge "der Ombudsmann im Rahmen seiner Aufgaben" durch die Wortfolge "die Ombudsperson im Rahmen ihrer Aufgaben" und die Wortfolge "die er" durch die Wortfolge "die sie" ersetzt.

4. In § 3 wird die Wortfolge "Ombudsmännern" durch die Wortfolge "Ombudspersonen" ersetzt.

5. In § 4 wird die Wortfolge "Der Ombudsmann" durch die Wortfolge "Die Ombudsperson" und die Angabe "Artikel 2 Absatz 1 Nummern 1 bis 3" durch die Angabe "Artikel 2

Absatz 1 Nummer 1" ersetzt.

Art. 66 - Abänderungsbestimmung

Artikel 20 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Januar 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "der Ombudsmann bei der Ausübung seiner Aufgaben" durch die Wortfolge "die Ombudsperson bei der Ausübung ihrer Aufgaben" und die Wortfolge "unterrichtet er die in Artikel 2 Absatz 1 Nummern 1 bis 3 erwähnten Behörden und Einrichtungen darüber" durch die Wortfolge "kann sie die in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Behörden und Einrichtungen darüber unterrichten" ersetzt.

2. § 1 Absatz 2 wird durch folgende Absätze 2 und 3 ersetzt:

"Wenn sie bei der Ausübung ihrer Aufgaben Tatsachen feststellt, bei denen es sich um Straftaten handelt oder die solche ernsthaft vermuten lassen, informiert sie gemäß Artikel 29 des Strafprozessgesetzbuches den Prokurator des Königs darüber.

Unbeschadet Artikel 16.1 informiert die Ombudsperson den Beschwerdeführer entsprechend und stellt ihr Verfahren ein, wenn sie den Prokurator des Königs gemäß Absatz 2 informiert hat."

3. In § 2 Absatz 2 wird die Angabe "Artikel 2 Absatz 1 Nummern 1 bis 3" durch die Angabe "Artikel 2 Absatz 1 Nummer 1" und die Wortfolge "den Ombudsmann" durch die Wortfolge "die Ombudsperson" ersetzt.

4. In § 2 Absatz 3 wird die Wortfolge "Der Ombudsmann" durch die Wortfolge "Die Ombudsperson" ersetzt.

5. In § 2 Absatz 4 wird die Wortfolge "den Ombudsmann" durch die Wortfolge "die Ombudsperson" ersetzt.

6. In § 3 wird die Wortfolge "der Ombudsmann" durch die Wortfolge "die Ombudsperson" ersetzt.

Art. 67 - Abänderungsbestimmung

Artikel 21 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Januar 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "der Ombudsmann" durch die Wortfolge "die Ombudsperson" und die Wortfolge "die ihm" durch die Wortfolge "die ihr" ersetzt.

2. In § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge "informiert er" durch die Wortfolge "informiert sie" ersetzt.

3. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "den Ombudsmann, inwiefern seiner" durch die Wortfolge "die Ombudsperson, inwiefern ihrer" ersetzt.

4. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge "des Ombudsmanns nicht, teilt sie ihm" durch die Wortfolge "der Ombudsperson nicht, teilt sie ihr" ersetzt.

Art. 68 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 22 desselben Dekrets wird die Wortfolge "des Ombudsmanns" durch die Wortfolge "der Ombudsperson" ersetzt.

Art. 69 - Abänderungsbestimmung

Artikel 23 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Januar 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

"Die Ombudsperson richtet jährlich spätestens am 30. April einen schriftlichen Bericht in Bezug auf ihre Tätigkeiten des Vorjahres an das Parlament. Mit Einverständnis des Präsidiums kann die Erstellung dieses Berichts in einem zweijährigen Zyklus erfolgen. Außerdem kann sie, wenn sie es für zweckdienlich hält, dem Parlament Zwischenberichte vorlegen."

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "der Ombudsmann" durch die Wortfolge "die Ombudsperson" ersetzt.

3. In Absatz 3 wird die Wortfolge "vom Ombudsmann" durch die Wortfolge "von der Ombudsperson" und die Wortfolge "seiner Aufgaben" durch die Wortfolge "ihrer Aufgaben"

ersetzt.

4. In Absatz 6 wird die Wortfolge "Der Ombudsmann" durch die Wortfolge "Die Ombudsperson" und die Wortfolge "auf seinen Antrag hin" durch die Wortfolge "auf ihren Antrag hin" ersetzt.

Art. 70 - Abänderungsbestimmung

Artikel 24 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Januar 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift des Artikels und in Absatz 1 wird die Wortfolge "des Ombudsmanns" jeweils durch die Wortfolge "der Ombudsperson" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "Der Ombudsmann" durch die Wortfolge "Die Ombudsperson" und die Wortfolge "für den er" durch die Wortfolge "für den sie" ersetzt.

Art. 71 - Abänderungsbestimmung

Artikel 25 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Januar 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "des Ombudsmanns" durch die Wortfolge "der Ombudsperson" und die Wortfolge "seines Dienstes" durch die Wortfolge "ihres Dienstes" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "Der Ombudsmann" durch die Wortfolge "Die Ombudsperson" und die Wortfolge "seine Konten" durch die Wortfolge "ihre Konten" ersetzt.

Art. 72 - Abänderungsbestimmung

Artikel 1 Nummer 3 des Dekrets vom 25. Februar 2019 zur Einführung eines permanenten Bürgerdialogs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird wie folgt ersetzt:

"3. Ombudsperson: den im Dekret vom 26. Mai 2009 zur Schaffung des Amtes einer Ombudsperson für die Deutschsprachige Gemeinschaft beschriebenen Amtsträger,"

Art. 73 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 4 § 2 Absatz 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge "den Ombudsmann" durch die Wortfolge "die Ombudsperson" ersetzt."

Art. 74 - Inkrafttreten

Das vorliegende Dekret tritt am 1. September 2022 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.

Eupen, den 21. Februar 2022

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,

Minister für Gesundheit und Soziales,

Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport,

Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG

Die Ministerin für Bildung,

Forschung und Erziehung

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2021-2022

Nummerierte Dokumente: 138 (2020-2021) Nr. 1 Dekretvorschlag

138 (2021-2022) Nr. 2 Abänderungsvorschläge

138 (2021-2022) Nr. 3 Bericht

138 (2021-2022) Nr. 4 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 21. Februar 2022 - Nr. 40 Diskussion und Abstimmung

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[2022/202206]

21 FEVRIER 2022. — Décret établissant différents instruments relatifs à la gestion des informations et des réclamations en Communauté germanophone

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Dispositions générales***Article 1^{er}.** - Définitions

Pour l'application du présent décret, il faut entendre par :

1^o autorité :

- a) la Communauté germanophone,
- b) les organismes de droit public qui dépendent de la Communauté germanophone,
- c) les communes, les centres publics d'action sociale et autres entités territoriales de la région de langue allemande, à l'exception des zones de police pluricommunales et des zones de secours,
- d) tout organisme, indépendamment de sa nature et de sa forme juridique,
 - qui a été créé pour satisfaire spécifiquement des besoins d'intérêt général ayant un caractère autre que commercial, et
 - qui est doté de la personnalité juridique, et
 - dont l'activité est financée essentiellement par les autorités ou organismes mentionnés aux a) et b) ou qui est soumis, en ce qui concerne sa direction, à leur tutelle ou dont l'organe d'administration, de direction ou de tutelle est majoritairement composé de membres désignés par ces autorités ou organismes,
- e) les associations créées par une ou plusieurs des autorités mentionnées aux a), b), c) ou d);

2^o personne : toute personne physique ou morale ainsi que toute association de fait;

3^o acte administratif : acte d'une personne travaillant sous la responsabilité de l'une des autorités mentionnées au 1^o et qui a un lien avec :

- a) la préparation d'une décision,
- b) l'exécution d'une décision,
- c) la décision elle-même ou
- d) l'inaction concernant une décision;

4^o fonctionnement : mode de fonctionnement ou comportement des autorités, des agents ou des collaborateurs, et ce, que ces modes de fonctionnement ou ces comportements aient ou non un lien avec une décision;

5^o réclamation : remarque formulée par écrit ou présentée en personne à l'encontre d'actes administratifs, d'omissions ou de fonctionnements qu'un réclamant considère comme illégaux, non adaptés, inappropriés, incorrects ou inéquitables, cette réclamation ne pouvant être dirigée contre des dispositions légales;

6^o service de médiation : personne chargée de la médiation en Communauté germanophone ayant été désignée conformément au décret du 26 mai 2009 instituant la fonction de personne chargée de la médiation en Communauté germanophone;

7^o règlement général sur la protection des données : le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE.

Pour l'application du présent décret, le Parlement et le Gouvernement répondent à la définition d'autorité, au sens de l'alinéa 1^{er}, 1^o, a).

Art. 2. - Principe de la communication active

Les autorités communiquent, de manière proactive et de leur propre initiative, sur la politique qu'elles mènent, leurs règles et leurs services, notamment en décrivant leurs missions, leurs compétences, leur organisation interne et les possibilités de recours existantes.

Au moyen de stratégies appropriées en matière d'informations, elles s'assurent que :

- 1^o les informations parviennent au plus grand nombre possible de personnes concernées;
- 2^o les informations sont facilement accessibles, correctes, actuelles, neutres, comparables et adaptées au groupe cible ainsi qu'aux thèmes abordés.

Art. 3. - Soutien à la gestion des réclamations

§ 1^{er} - Le Gouvernement ne reconnaît qu'un seul organisme en tant que guichet central chargé du soutien en matière de gestion des réclamations.

Pour être reconnu en tant que guichet central, cet organisme doit :

- 1^o être organisé en tant qu'association sans but lucratif;
- 2^o proposer ses prestations de service dans l'ensemble de la région de langue allemande;
- 3^o avoir une expérience éprouvée de dix ans dans le domaine de la fourniture d'informations générales et de conseils aux citoyens et aux consommateurs.

Le guichet central est chargé des missions suivantes :

1^o fournir gratuitement des orientations et des renseignements aux citoyens qui recherchent des informations ou de la documentation concernant des autorités ou qui souhaitent transmettre un message ou introduire une réclamation, et diffuser les informations générales y afférentes;

2° conseiller les autorités pour ce qui est de leur politique en matière d'informations et les soutenir à titre gracieux dans le cadre de la mise en œuvre pratique de la gestion des réclamations;

3° élaborer et diffuser un logo commun relatif à la gestion des réclamations en Communauté germanophone;

4° élaborer et diffuser un formulaire de réclamation qui comprend au moins les éléments suivants :

a) des mentions relatives au règlement général sur la protection des données;

b) des mentions concernant la classification de la procédure de réclamation sous forme de recours administratif ou judiciaire;

c) le logo commun relatif à la gestion des réclamations.

§ 2 - Le guichet central est neutre et dispose du personnel compétent approprié.

Sans préjudice du décret du 28 juin 2021 concernant les données ouvertes et la réutilisation des informations du secteur public, le guichet central est habilité, moyennant le paiement d'un montant basé sur un prix de revient adéquat, à mettre à disposition des documents sur n'importe quel support d'informations.

CHAPITRE 2. — *Gestion des réclamations*

Art. 4. - Objectifs

Toute personne qui peut prouver un intérêt a le droit d'introduire une réclamation à titre gracieux à l'encontre d'un acte administratif ou de fonctionnements d'une autorité. Elle peut donner procuration à une autre personne possédant la capacité juridique pour que celle-ci exerce ce droit en son nom.

Les autorités mettent en place une procédure de réclamation qui respecte au moins les dispositions du présent chapitre. Elles peuvent en outre prévoir des règles plus avantageuses pour le réclamant.

Art. 5. - Recevabilité de la réclamation

Une réclamation est recevable si elle :

1° concerne un acte administratif ou un fonctionnement concret;

2° a été introduite par écrit auprès de l'autorité responsable de l'acte administratif ou du fonctionnement concerné ou a été présentée en personne et consignée par écrit conformément à l'article 7, alinéa 2, 3°;

3° contient une description de la matière qui est à son origine;

4° a été introduite conformément aux exigences linguistiques définies dans les lois coordonnées du 18 juillet 1966 sur l'emploi des langues en matière administrative.

Art. 6. - Irrecevabilité de la réclamation

L'autorité compétente peut refuser de traiter une réclamation si :

1° la réclamation

a) est manifestement non fondée;

b) est essentiellement identique à une réclamation déjà traitée au sens du présent chapitre et en l'absence de faits nouveaux;

c) vise des faits qui remontent à plus d'un an avant son introduction;

2° le réclamant n'a pas épuisé les procédures de recours administratif organisé existantes afin d'obtenir satisfaction;

3° ladite réclamation vise des questions relatives au personnel de l'autorité au sein de laquelle le réclamant est occupé, à l'exception d'une réclamation pour laquelle le réclamant est capable de démontrer qu'aucune autre possibilité de recours spécifique ne lui est offerte;

4° le nom et l'adresse du réclamant ne sont pas connus.

L'autorité compétente refuse de traiter une réclamation lorsqu'un recours administratif organisé ou un recours judiciaire est pendant en la cause.

Le délai d'un an mentionné à l'alinéa 1^{er}, 1°, c), est interrompu pour la durée pendant laquelle le grief fait l'objet d'un recours administratif organisé ou d'un recours judiciaire.

Art. 7. - Introduction d'une réclamation

Toute réclamation est introduite par voie numérique ou sur support papier auprès de l'autorité compétente.

Toute autorité :

1° publie un formulaire de réclamation au moins conforme aux prescriptions de l'article 3, § 1^{er}, alinéa 3, 4°, et le rend facilement accessible par voie numérique ainsi que sur support papier;

2° détermine auprès de quelle(s) personne(s) les réclamations peuvent être introduites;

3° s'assure que le réclamant bénéficie si nécessaire d'une aide lors de la rédaction de la réclamation.

Art. 8. - Accusé de réception

Un accusé de réception avec date de réception de la réclamation est délivré ou envoyé, selon le cas, au réclamant immédiatement après l'introduction de la réclamation. Il est transmis par voie numérique ou sur support papier en fonction du moyen utilisé pour introduire la réclamation.

Art. 9. - Informations sur le traitement de la réclamation

§ 1^{er} - Dans les quatorze jours calendrier suivant l'introduction de la réclamation, le réclamant reçoit une lettre d'information sur la suite donnée à ladite réclamation.

La lettre d'information mentionnée à l'alinéa 1^{er} contient des informations concernant :

1° la recevabilité ou l'irrecevabilité de la réclamation;

2° le correspondant et le responsable du traitement de la réclamation désigné conformément à l'article 36, § 1^{er}, alinéa 1^{er}.

§ 2 - En cas de recevabilité de la réclamation, la lettre d'information précise le délai et le mode de traitement ainsi que la manière dont l'issue de la réclamation sera communiquée.

§ 3 - En cas d'irrecevabilité de la réclamation ou s'il n'y a pas lieu de l'examiner plus avant, la lettre d'information est assortie d'une motivation de l'irrecevabilité et d'une mention concernant la possibilité de déposer un recours auprès du service de médiation.

§ 4 - Si une réclamation n'est pas traitée plus avant, car elle a été introduite auprès d'une autorité qui n'est pas compétente en la matière, l'autorité concernée transmet la réclamation sans délai à l'autorité qu'elle estime compétente, à condition que le réclamant ne s'y oppose pas.

La lettre d'information mentionnée au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, donne des explications relatives à la transmission de la réclamation.

Art. 10. - Délai de traitement

La procédure de réclamation est clôturée dans les quarante-cinq jours calendrier suivant l'introduction de la réclamation.

En cas de circonstances exceptionnelles, le délai mentionné à l'alinéa 1^{er} peut être prolongé, au total jusqu'à maximum nonante jours calendrier après en avoir informé par écrit le réclamant.

Art. 11. - Examen de la réclamation

§ 1^{er} - L'autorité compétente s'assure que la réclamation est examinée de manière correcte, discrète et neutre. Elle tient compte à cet effet des dispositions en matière de protection des données mentionnées au chapitre 4, tout en reconnaissant au réclamant un droit d'opposition en ce qui concerne le traitement et la transmission de ses données.

Les personnes qui examinent la réclamation exercent leurs activités de manière indépendante dans le cadre de la voie de recours prédéfinie.

§ 2 - Si le réclamant a obtenu satisfaction, l'obligation de poursuivre la procédure de réclamation conformément au présent décret cesse.

Art. 12. - Informations à la fin de la procédure de réclamation

§ 1^{er} - L'autorité compétente communique au réclamant par écrit :

1° le résultat de ses enquêtes, y compris les motifs qui le sous-tendent, ainsi que les mesures qui en découlent prises par l'autorité le cas échéant, sans les spécifications liées au droit du personnel;

2° l'arrêt de la procédure conformément à l'article 11, § 2, et mentionne les motifs correspondants qui justifient cet arrêt.

§ 2 - L'autorité compétente informe le réclamant des autres possibilités d'obtenir satisfaction, des instances compétentes en la matière ainsi que des formes et délais à respecter.

Elle mentionne en tout état de cause qu'il dispose du droit d'adresser sa réclamation au service de médiation si :

1° il n'est pas satisfait du traitement de la réclamation ou

2° il n'a pas obtenu satisfaction en la cause.

Art. 13. - Tenue d'un registre et notification

§ 1^{er} - Toute autorité tient un registre par année calendrier dans lequel sont consignées les réclamations reçues.

Ce registre comprend des entrées concernant :

1° le nombre total de réclamations reçues au sens du présent chapitre et l'objet de l'ensemble de ces réclamations;

2° la recevabilité des réclamations et les procédures relatives à la suite qui leur a été donnée;

3° les résultats des enquêtes correspondants et

4° les mesures qui en découlent, le cas échéant.

§ 2 - Pour le 31 mars de l'année qui suit l'année de référence, les autorités transmettent à leur organe d'administration ou de surveillance respectif ainsi qu'au service de médiation une version anonymisée du registre.

CHAPITRE 3. — *Protection des auteurs de signalement*

Section 1^{re}. — Dispositions générales

Art. 14. - Clause européenne

Le présent chapitre vise à transposer partiellement la directive (UE) 2019/1937 du Parlement européen et du Conseil du 23 octobre 2019 sur la protection des personnes qui signalent des violations du droit de l'Union.

Art. 15. - Champ d'application

§ 1^{er} - Le présent chapitre est applicable aux violations du droit de l'Union énumérées ci-après, pour autant que les compétences de la Communauté germanophone soient concernées :

1° les violations qui relèvent du champ d'application des actes de l'Union européenne énumérés en annexe de la directive mentionnée à l'article 14 et qui concernent les domaines suivants :

a) les marchés publics;

b) la protection de l'environnement;

c) la santé publique;

d) la protection des consommateurs;

e) la protection de la vie privée et des données à caractère personnel, ainsi que la sécurité des réseaux et des systèmes d'information;

2° les violations portant atteinte aux intérêts financiers de l'Union européenne;

3° les violations relatives au marché intérieur, y compris les violations des règles de l'Union en matière de concurrence et d'aides d'État, ainsi que les violations relatives au marché intérieur en ce qui concerne les actes qui violent les règles applicables en matière d'impôt sur les sociétés ou les dispositifs destinés à obtenir un avantage fiscal qui va à l'encontre de l'objet ou de la finalité de la législation applicable en matière d'impôt sur les sociétés.

Les informations qui concernent les domaines suivants sont exclues du champ d'application mentionné à l'alinéa 1^{er} :

- 1° la protection de la sécurité nationale;
- 2° la protection des informations classifiées au sens de la loi du 11 décembre 1998 relative à la classification et aux habilitations, attestations et avis de sécurité;
- 3° la protection du secret professionnel des avocats et du secret médical;
- 4° le secret des délibérations judiciaires;
- 5° le droit de la procédure pénale.

§ 2 - Le présent chapitre s'applique sans préjudice des dispositions applicables relatives à l'exercice par les travailleurs de leur droit de consulter leurs représentants ou leurs organisations représentatives de travailleurs, et à la protection contre toute mesure préjudiciable injustifiée suscitée par une telle consultation, ainsi qu'à l'autonomie des partenaires sociaux et à leur droit de conclure des conventions collectives de travail.

Le présent chapitre s'applique sans préjudice des dispositions applicables relatives aux personnes de confiance au sens de l'article 32sexies, § 2, de la loi du 4 août 1996 relative au bien-être des travailleurs lors de l'exécution de leur travail.

§ 3 - Le présent chapitre s'applique sans préjudice d'autres dispositions décrétales qui prévoient une protection plus large des auteurs de signalement.

Art. 16. - Définitions particulières

Pour l'application du présent chapitre, il faut entendre par :

- 1° violations : les actes ou omissions qui :
 - a) sont illicites et ont trait aux actes de l'Union européenne et aux domaines relevant du champ d'application mentionné à l'article 15; ou
 - b) vont à l'encontre de l'objet ou de la finalité des règles prévues dans les actes de l'Union européenne et les domaines relevant du champ d'application mentionné à l'article 15; et
 - c) ne concernent pas des conflits purement interpersonnels;
- 2° informations sur des violations : des informations, y compris des soupçons raisonnables, concernant des violations effectives ou potentielles, qui se sont produites ou sont très susceptibles de se produire dans l'autorité au sein de laquelle l'auteur de signalement travaille ou a travaillé ou dans une autre autorité avec laquelle l'auteur de signalement est ou a été en contact dans le cadre de son travail, et concernant des tentatives de dissimulation de telles violations;
- 3° signalement : la communication orale ou écrite d'informations sur des violations;
- 4° signalement interne : un signalement au sein d'une autorité;
- 5° signalement externe : un signalement au service de médiation;
- 6° divulgation publique : la mise à disposition dans la sphère publique d'informations sur des violations;
- 7° auteur de signalement : toute personne physique qui signale ou divulgue publiquement des informations sur des violations qu'elle a obtenues dans le cadre de ses activités professionnelles;
- 8° auteur interne de signalement : un auteur de signalement qui est occupé en tant qu'agent au sein d'une autorité;
- 9° auteur externe de signalement : un auteur de signalement qui dispose de la qualité suivante :
 - a) les actionnaires et les membres de l'organe d'administration, de direction ou de surveillance d'une autorité, y compris les membres non exécutifs, ainsi que les bénévoles et les stagiaires rémunérés ou non;
 - b) les contractants, sous-traitants et fournisseurs ainsi que les personnes travaillant sous la supervision et la direction de ceux-ci;
 - c) les personnes qui signalent ou divulguent publiquement des informations sur des violations obtenues dans le cadre d'une relation de travail qui a pris fin depuis;
 - d) les personnes dont la relation de travail n'a pas encore commencé dans les cas où des informations sur des violations ont été obtenues lors du processus de recrutement ou d'autres négociations précontractuelles;
- 10° facilitateur : toute personne physique qui aide un auteur de signalement au cours du processus de signalement dans un contexte professionnel et dont l'aide devrait être confidentielle;
- 11° contexte professionnel : les activités professionnelles passées ou présentes dans le secteur public ou privé par lesquelles, indépendamment de la nature de ces activités, des personnes obtiennent des informations sur des violations et dans le cadre desquelles ces personnes pourraient faire l'objet de représailles si elles signalaient de telles informations;
- 12° personne concernée : toute personne physique ou morale qui est mentionnée dans le signalement ou la divulgation publique en tant que personne à laquelle la violation est attribuée ou à laquelle cette personne est associée;
- 13° représailles : tout acte ou omission direct ou indirect qui intervient dans un contexte professionnel, est suscité par un signalement interne ou externe ou une divulgation publique, et qui cause ou peut causer un préjudice injustifié à l'auteur de signalement;
- 14° suivi : toute mesure prise par le destinataire du signalement ou par le service de médiation pour évaluer l'exactitude des allégations formulées dans le signalement et, le cas échéant, pour remédier à la violation signalée, y compris par des mesures telles qu'une enquête interne, une enquête, des poursuites, une action en recouvrement de fonds, ou la clôture de la procédure;
- 15° retour d'informations : la communication à l'auteur de signalement d'informations sur les mesures envisagées ou prises au titre de suivi et sur les motifs de ce suivi.

Section 2. — Signalement d'informations sur des violations

Art. 17. - Signalements internes

Sans préjudice des articles 18 et 28, les auteurs internes et externes de signalement peuvent signaler des informations sur des violations auprès des autorités. À cette fin, les autorités établissent des canaux et des procédures pour les signalements internes et pour le suivi, conformément aux dispositions de la présente section.

Les autorités mentionnées à l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, c), peuvent exploiter un canal de signalement interne commun sous la forme d'une association de projet, conformément à l'article L1512-2 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation.

Les organismes mentionnés à l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, d) et e), qui comptent moins de cinquante travailleurs peuvent :

- 1^o établir, de manière facultative, un canal de signalement interne ou
- 2^o confier à un tiers l'exploitation d'un canal de signalement interne commun en leur nom.

Par dérogation à l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, le Conseil des médias de la Communauté germanophone et le Conseil économique et social de la Communauté germanophone sont assimilés aux organismes mentionnés à l'alinéa 3 pour l'application du présent article.

Art. 18. - Signalements externes

Sans préjudice de l'article 3, § 3, du décret du 26 mai 2009 instituant la fonction de personne chargée de la médiation en Communauté germanophone et de l'article 28, 2^o, les auteurs internes et externes de signalement peuvent signaler des informations sur des violations auprès du service de médiation.

Le service de médiation traite les signalements externes conformément aux prescriptions du décret du 26 mai 2009 instituant la fonction de personne chargée de la médiation en Communauté germanophone, à moins que les dispositions de la présente section ne s'en écartent.

Le service de médiation s'assure à cet effet que l'exhaustivité, l'intégrité et la confidentialité des informations sont garanties.

Art. 19. - Prescriptions relatives aux canaux de signalement

Les canaux de signalement sont conçus, établis et gérés d'une manière sécurisée qui garantit la confidentialité de l'identité de l'auteur de signalement et de tout tiers mentionné dans le signalement et qui empêche l'accès auxdits canaux par des personnes non autorisées. Dans le cas de signalements externes, le service de médiation veille à ce que l'identité des personnes concernées soit protégée aussi longtemps que les enquêtes déclenchées par le signalement ou la divulgation publique sont en cours.

Lors de l'établissement de canaux de signalement, une personne ou un service impartial est désigné afin d'assurer le suivi des signalements, qui peut être la même personne ou le même service que celle ou celui qui reçoit les signalements et qui maintiendra le contact avec l'auteur de signalement et, si nécessaire, lui demandera d'autres informations et lui fournira un retour d'informations.

Lorsqu'un signalement n'est pas introduit conformément aux prescriptions de la présente section ou est reçu par une personne ou un service autres que ceux mentionnés à l'alinéa 2, les personnes occupées qui ont reçu le signalement transmettent rapidement celui-ci sans modification à la personne ou au service mentionnés à l'alinéa 2, sans divulguer d'information qui permettrait d'identifier l'auteur de signalement ou la personne concernée.

Les canaux de signalement réexaminent leurs procédures de réception des signalements et de suivi régulièrement, et au minimum une fois tous les trois ans, et les adaptent en conséquence sur la base du retour d'expérience le cas échéant.

Art. 20. - Introduction d'un signalement

§ 1^{er} - Les auteurs de signalement peuvent introduire des signalements par écrit et/ou oralement. Il est possible d'effectuer des signalements oralement par téléphone ou au moyen d'autres systèmes de messagerie vocale et, à la demande de l'auteur de signalement, par le biais d'une rencontre en personne dans un délai raisonnable.

Les signalements ne sont recevables que lorsque le nom et les données de contact de l'auteur du signalement sont connus.

§ 2 - Lorsqu'une ligne téléphonique enregistrée ou un autre système de messagerie vocale enregistré est utilisé pour le signalement, avec le consentement de l'auteur de signalement, le canal de signalement peut consigner le signalement oral sous l'une des formes suivantes :

- 1^o en effectuant un enregistrement de la conversation sous une forme durable et récupérable; ou
- 2^o par la transcription complète et précise de la conversation, établie par les membres du personnel chargés de traiter le signalement.

Lorsqu'une ligne téléphonique non enregistrée ou un autre système de messagerie vocale non enregistré est utilisé pour le signalement, le canal de signalement peut consigner le signalement oral sous la forme d'un procès-verbal précis de la conversation établi par les membres du personnel chargés de traiter le signalement.

§ 3 - Lorsqu'un auteur de signalement sollicite une rencontre afin de signaler une violation, le canal de signalement veille, avec le consentement de l'auteur de signalement, à ce que des comptes rendus complets et précis de la rencontre soient conservés sous une forme durable et récupérable. Il peut consigner la rencontre sous l'une des formes suivantes :

- 1^o en effectuant un enregistrement de la conversation sous une forme durable et récupérable; ou
- 2^o par un procès-verbal précis de la rencontre établi par les membres du personnel chargés de traiter le signalement.

§ 4 - Dans les cas mentionnés aux §§ 2 et 3, les canaux de signalement donnent à l'auteur de signalement la possibilité de vérifier, de rectifier, le cas échéant, et d'approuver la consignation par écrit par l'apposition de sa signature.

Art. 21. - Accusé de réception

Dans un délai de sept jours à compter de la réception du signalement, l'auteur de signalement reçoit un accusé de réception du canal de signalement, sauf demande contraire expresse de l'auteur de signalement ou à moins que le canal de signalement ait des motifs raisonnables de croire qu'accuser réception du signalement compromettrait la protection de l'identité de l'auteur de signalement.

Art. 22. - Délai de traitement

Dans un délai de trois mois à compter de l'accusé de réception du signalement ou, à défaut d'accusé de réception envoyé à l'auteur de signalement, à compter de l'expiration de la période de sept jours suivant la réception du signalement mentionnée à l'article 21, l'auteur de signalement obtient un retour d'informations.

Pour ce qui concerne les signalements externes et en cas de circonstances exceptionnelles, le service de médiation peut prolonger le délai mentionné à l'alinéa 1^{er} jusqu'à six mois au total.

Art. 23. - Examen du signalement

Le canal de signalement examine les informations sur des violations signalées et met sur pied un suivi approprié en conséquence.

Les autorités qui ont reçu un signalement, mais qui ne sont pas compétentes pour remédier à la violation signalée, transmettent sans délai le signalement au service de médiation de manière sécurisée et informent immédiatement l'auteur de signalement de cette transmission.

Art. 24. - Dispositions particulières pour les signalements externes

§ 1^{er} - Après avoir dument examiné la question, le service de médiation peut décider :

1° qu'une violation signalée est manifestement mineure et ne requiert pas d'autre suivi que la clôture de la procédure;

2° qu'une procédure peut être clôturée dans le cas de signalements répétitifs qui ne contiennent aucune nouvelle information significative sur des violations par rapport à un signalement antérieur à propos duquel les procédures concernées ont été closes, à moins que de nouveaux éléments juridiques ou factuels ne justifient de procéder autrement.

Dans de tels cas, le service de médiation notifie à l'auteur de signalement sa décision et les motifs de cette décision.

§ 2 - Le service de médiation communique à l'auteur de signalement le résultat final des enquêtes déclenchées par le signalement.

Art. 25. - Obligations en matière d'informations

§ 1^{er} - Le service de médiation publie sur son site internet, dans une section distincte, aisément identifiable et accessible, au moins les informations suivantes :

1° les conditions pour bénéficier d'une protection au titre du présent chapitre;

2° les données de contact du service de médiation, en particulier les adresses électronique et postale, et les numéros de téléphone, en indiquant si les conversations téléphoniques sont enregistrées ou non;

3° les procédures applicables au signalement de violations auprès du service de médiation ou des institutions, organes ou organismes de l'Union européenne, y compris la manière dont le service de médiation peut demander à l'auteur de signalement de clarifier les informations signalées ou de fournir des informations supplémentaires, le délai pour fournir un retour d'informations, ainsi que le type de retour d'informations et son contenu;

4° le régime de confidentialité applicable aux signalements et, en particulier, les informations relatives au traitement des données à caractère personnel conformément au règlement général sur la protection des données;

5° la nature du suivi à assurer en ce qui concerne les signalements;

6° les recours et les procédures relatives à la protection contre les représailles et la possibilité pour les personnes qui envisagent d'effectuer un signalement de recevoir des conseils confidentiels;

7° une notice expliquant clairement les conditions dans lesquelles la responsabilité des personnes qui effectuent un signalement auprès du service de médiation ne serait pas engagée du fait d'une violation de la confidentialité en vertu de l'article 33, 1^o.

Les autorités publient sur leur site internet respectif au moins les informations suivantes :

1° les informations mentionnées à l'alinéa 1^{er} et/ou un renvoi à la section du site internet du service de médiation mentionnée à l'alinéa 1^{er};

2° une mention indiquant qu'il convient de privilégier le signalement par le biais de canaux de signalement interne avant un signalement par le biais de canaux de signalement externe, lorsqu'il est possible de remédier efficacement à la violation en interne et que l'auteur de signalement estime qu'il n'y a pas de risque de représailles.

§ 2 - Les autorités proposent des informations et des conseils complets et indépendants, qui sont facilement accessibles au public et gratuits, sur les procédures et les recours disponibles, sur la protection contre les représailles, ainsi que sur les droits des personnes concernées.

Art. 26. - Registre et obligations en matière d'établissement de rapports

Les canaux de signalement tiennent un registre dans lequel sont consignés les signalements reçus par année calendrier conformément aux exigences de confidentialité prévues à l'article 27.

Le service de médiation consigne en continu les statistiques suivantes :

1° le nombre de signalements reçus;

2° le nombre d'enquêtes et de procédures judiciaires engagées à la suite de ces signalements ainsi que leur résultat;

3° s'il est constaté, le préjudice financier estimé ainsi que les montants recouverts à la suite d'enquêtes et de procédures judiciaires en lien avec les violations signalées.

Art. 27. - Confidentialité

§ 1^{er} - L'identité de l'auteur de signalement n'est divulguée à aucune autre personne que la personne ou le service mentionnés à l'article 19, alinéa 2. Cela s'applique également pour toute autre information à partir de laquelle l'identité de l'auteur de signalement peut être directement ou indirectement déduite, sauf :

1° si l'auteur de signalement donne son consentement exprès;

2° s'il existe une obligation nécessaire et proportionnée dans le cadre des enquêtes menées par le service de médiation ou dans le cadre de procédures judiciaires, notamment en vue de sauvegarder les droits de la défense des personnes concernées.

Dans le cas mentionné à l'alinéa 1^{er}, 2^o, l'auteur de signalement est informé avant que son identité ne soit divulguée, à moins qu'une telle information ne risque de compromettre les enquêtes ou les procédures judiciaires concernées. Lorsqu'il informe les auteurs de signalement, le service de médiation leur adresse une explication écrite des motifs de la divulgation des données confidentielles concernées.

§ 2 - Si les informations sur des violations comportent des secrets d'affaires, le service de médiation n'utilise pas ou ne publie pas ces secrets d'affaires à des fins allant au-delà de ce qui est nécessaire pour assurer un suivi approprié.

Section 3. — Divulgation d'informations sur des violations

Art. 28. - Divulgation

Les auteurs de signalement peuvent divulguer des informations sur des violations dans les cas suivants :

1^o l'auteur de signalement a d'abord effectué un signalement interne et externe, ou a effectué directement un signalement externe, conformément aux articles 17 ou 18, mais aucune mesure appropriée n'a été prise en réponse au signalement dans un délai de trois ou six mois, selon le cas;

2^o l'auteur de signalement a des motifs raisonnables de croire que :

a) la violation peut représenter un danger imminent ou manifeste pour l'intérêt public, comme lorsqu'il existe une situation d'urgence ou un risque de préjudice irréversible; ou

b) en cas de signalement externe, il existe un risque de représailles ou il y a peu de chances, en raison des circonstances particulières de l'affaire, qu'il soit véritablement remédié à la violation, en particulier lorsque des preuves peuvent être dissimulées ou détruites ou lorsqu'une autorité peut être en collusion avec l'auteur de la violation ou impliquée dans la violation.

Section 4. — Mesures de protection

Art. 29. - Personnes protégées

Les mesures de protection au titre de la présente section sont applicables aux auteurs de signalement qui satisfont aux conditions suivantes :

1^o ils ont effectué un signalement interne conformément à l'article 17 ou externe conformément à l'article 18, ont fait une divulgation publique conformément à l'article 28 ou ont effectué un signalement auprès des institutions, organes ou organismes de l'Union européenne;

2^o ils ont eu des motifs raisonnables de croire que les informations sur des violations signalées étaient véridiques au moment du signalement et que ces informations entraient dans le champ d'application du présent chapitre.

Les mêmes mesures de protection s'appliquent également :

1^o aux facilitateurs;

2^o aux tiers qui sont en lien avec les auteurs de signalement et qui risquent de faire l'objet de représailles dans un contexte professionnel;

3^o aux entités juridiques appartenant aux auteurs de signalement ou pour lesquelles ils travaillent, ou encore avec lesquelles ils sont en lien dans un contexte professionnel.

Art. 30. - Représailles - Interdiction

Toute forme de représailles contre les personnes mentionnées à l'article 29, y compris les menaces de représailles et tentatives de représailles, est interdite aux autorités.

En particulier sont considérées comme des représailles conformément à l'alinéa 1^{er} les mesures suivantes :

1^o suspension, mise à pied, licenciement ou mesures équivalentes;

2^o rétrogradation ou refus de promotion;

3^o transfert de fonctions, changement de lieu de travail, réduction de salaire, modification des horaires de travail;

4^o suspension de la formation;

5^o évaluation de performance ou attestation de travail négative;

6^o mesures disciplinaires imposées ou administrées, réprimande ou autre sanction, y compris une sanction financière;

7^o coercition, intimidation, harcèlement ou ostracisme;

8^o discrimination, traitement désavantageux ou injuste;

9^o non-conversion d'un contrat de travail temporaire en un contrat permanent, lorsque le travailleur pouvait légitimement espérer se voir offrir un emploi permanent;

10^o non-renouvellement ou résiliation anticipée d'un contrat de travail temporaire;

11^o préjudice et atteinte à la réputation, en particulier sur les réseaux sociaux, ou pertes financières, y compris la perte d'activité et la perte de revenu;

12^o mise sur liste noire sur la base d'un accord formel ou informel à l'échelle sectorielle ou de la branche d'activité, pouvant impliquer que la personne ne trouvera pas d'emploi à l'avenir au niveau du secteur ou de la branche d'activité;

13^o résiliation anticipée ou annulation d'un contrat pour des biens ou des services;

14^o annulation d'une licence ou d'un permis;

15^o orientation vers un traitement psychiatrique ou médical.

Art. 31. - Représailles - Charge de la preuve

Dans le cadre d'une procédure administrative concernant un préjudice subi par l'auteur de signalement, et sous réserve que celui-ci établisse qu'il a effectué un signalement ou fait une divulgation publique et qu'il a subi un préjudice, il est présumé que le préjudice a été causé en représailles au signalement ou à la divulgation publique.

En pareil cas, il incombe à l'autorité qui a pris la mesure préjudiciable d'établir que cette mesure était fondée sur des motifs dument justifiés.

Art. 32. - Représailles - Soutien apporté par le service de médiation

Le service de médiation soutient les personnes mentionnées à l'article 29 devant toute autorité pertinente associée à leur protection contre les représailles.

Art. 33. - Actions en responsabilité

Les autorités n'entament aucune procédure judiciaire à l'encontre des personnes mentionnées à l'article 29 en ce qui concerne une éventuelle responsabilité liée :

1° à la divulgation publique d'informations, pour autant qu'il ne s'agisse pas d'informations mentionnées à l'article 15, § 1^{er}, alinéa 2, et que les personnes mentionnées à l'article 33 aient eu des motifs raisonnables de croire que le signalement ou la divulgation publique de telles informations était nécessaire pour révéler une violation en vertu du présent chapitre;

2° à l'obtention des informations qui sont signalées ou divulguées publiquement, ou à l'accès à ces informations, à condition que cette obtention ou cet accès ne constitue pas une infraction pénale autonome.

Art. 34. - Interdiction de déroger

Dans les accords de travail ou les conditions de travail applicables des autorités, il n'est pas permis de déroger aux droits prévus par la présente section. Les dispositions correspondantes sont nulles de plein droit.

Art. 35. - Sanctions pénales

Est puni d'une peine d'emprisonnement de huit jours à cinq ans et d'une amende de 200 euros à 10 000 euros ou d'une de ces peines seulement, quiconque :

1° fait obstacle ou essaye de faire obstacle à un ou plusieurs signalements, tels que mentionnés à l'article 17 ou à l'article 18;

2° enfreint les exigences de confidentialité prévues à l'article 27;

3° exerce des représailles mentionnées à l'article 30 à l'encontre des personnes mentionnées à l'article 29.

CHAPITRE 4. — *Dispositions en matière de protection des données***Art. 36.** - Traitement des données à caractère personnel

§ 1^{er} - Les autorités elles-mêmes sont responsables des traitements des données à caractère personnel mentionnés au chapitre 2 au sens du règlement général sur la protection des données. À cette fin, elles désignent expressément un responsable du traitement des données. Les autorités elles-mêmes ou les responsables qu'elles désignent sont réputés responsables du traitement de ces données au sens de l'article 4, 7), du règlement général sur la protection des données aux fins de l'accomplissement des tâches mentionnées au présent chapitre.

Les canaux de signalement sont responsables des traitements des données à caractère personnel mentionnés au chapitre 3 au sens du règlement général sur la protection des données. Ils sont réputés responsables du traitement de ces données au sens de l'article 4, 7), du règlement général sur la protection des données aux fins de l'accomplissement des tâches mentionnées au présent chapitre.

§ 2 - Les responsables mentionnés au § 1^{er} ne peuvent utiliser les données collectées à d'autres fins que celles de l'exercice de leurs missions légales ou décrétales en lien avec le présent décret.

Le traitement des données à caractère personnel s'opère dans le respect des dispositions légales applicables en matière de protection des données.

Art. 37. - Catégories de données

§ 1^{er} - Les responsables mentionnés à l'article 36, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, peuvent traiter, conformément à l'article 36, les données à caractère personnel des catégories suivantes :

1° les nom, qualité et données de contact du réclamant;

2° les nom et qualité des personnes qui ont exécuté l'acte administratif contre lequel la réclamation a été introduite ou dont le mode de fonctionnement a fait l'objet d'une réclamation;

3° les nom et qualité d'autres personnes concernées par la procédure de réclamation ou qui y participent;

4° les informations sur la matière qui est à l'origine de la réclamation;

5° les nom et qualité des éventuels témoins.

Les catégories de données énumérées à l'alinéa 1^{er} peuvent être traitées aux fins de la réception et de l'examen des réclamations conformément au chapitre 2 ainsi qu'aux fins de leur suivi.

Les données à caractère personnel qui ne sont manifestement pas pertinentes pour le traitement d'une réclamation spécifique ne sont pas collectées ou, si elles le sont accidentellement, sont effacées sans retard injustifié.

§ 2 - Les responsables mentionnés à l'article 36, § 1^{er}, alinéa 2, y compris les personnes ou services mentionnés à l'article 19, alinéa 2, peuvent traiter, conformément à l'article 36, les données à caractère personnel des catégories suivantes :

1° les nom, qualité et données de contact de l'auteur de signalement;

2° les nom, qualité et données de contact des facilitateurs et des tiers qui sont en lien avec les auteurs de signalement et qui risquent de faire l'objet de représailles dans un contexte professionnel;

3° les nom et qualité des personnes concernées ainsi que les informations sur les violations qu'elles ont commises;

4° les nom et qualité des éventuels témoins;

5° selon le cas, le signalement écrit, l'enregistrement sonore de la conversation lors d'un signalement oral ainsi que le procès-verbal de la rencontre dans le cas d'un signalement oral.

Les catégories de données énumérées à l'alinéa 1^{er} peuvent être traitées aux fins suivantes :

1° pour la réception et l'examen des signalements conformément à l'article 17 ou à l'article 18 ainsi qu'aux fins de leur suivi;

2° pour les informations et conseils individuels conformément à l'article 25, § 2;

3° pour le soutien apporté par le service de médiation mentionné à l'article 32 aux personnes mentionnées à l'article 29.

Les données à caractère personnel qui ne sont manifestement pas pertinentes pour le traitement d'un signalement spécifique ne sont pas collectées ou, si elles le sont accidentellement, sont effacées sans retard injustifié.

Art. 38. - Durée du traitement des données

Les données peuvent être conservées au maximum dix ans après la réception de la réclamation ou du signalement.

Les données concernant les signalements sont conservées conformément aux exigences de confidentialité prévues à l'article 27 sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées.

Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, les données concernant les réclamations et les signalements sont détruites au plus tard au terme de ces délais.

Art. 39. - Mesures de sécurité

Les autorités fixent, le cas échéant, les mesures de sécurité nécessaires pour le traitement des données à caractère personnel prévu par le présent décret.

CHAPITRE 5. — *Dispositions finales*

Art. 40. - Disposition modificative

À l'article 2 du décret du 16 octobre 1995 relatif à la publicité des documents administratifs, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Tout document administratif par lequel une décision ou un acte administratif à portée individuelle émanant d'une autorité administrative est notifié à un intéressé indique, le cas échéant, les voies spécifiques de recours et d'introduction de réclamation, les instances compétentes pour en connaître ainsi que les formes et délais à respecter; à défaut, les délais de prescription pour introduire un recours ou une réclamation auprès d'une instance de la Communauté germanophone ne commencent à courir que quatre mois après que la décision ou l'acte administratif a été porté à la connaissance de l'intéressé. »

Art. 41. - Disposition modificative

À l'article 5, § 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 21 mars 2005, le sixième tiret est remplacé par ce qui suit :

« - la recherche ou la poursuite de faits passibles de sanctions pénales, administratives ou disciplinaires, tant que l'imposition d'une sanction reste possible. »

Art. 42. - Disposition modificative

À l'article 44 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, le § 4 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« S'il s'agit d'informations sur des violations qui relèvent du champ d'application du chapitre 3 du décret du 21 février 2022 établissant différents instruments relatifs à la gestion des informations et des réclamations en Communauté germanophone, l'agent concerné peut effectuer un signalement interne ou externe conformément aux dispositions du même chapitre. »

Art. 43. - Disposition modificative

Dans l'intitulé du décret du 26 mai 2009 instituant la fonction de médiateur pour la Communauté germanophone, les mots « médiateur pour la Communauté germanophone » sont remplacés par les mots « personne chargée de la médiation en Communauté germanophone ».

Art. 44. - Disposition modificative

À l'article 1^{er} du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, qui devient l'unique alinéa, les mots « médiateur pour la Communauté germanophone » sont remplacés par les mots « personne chargée de la médiation en Communauté germanophone »;

2° l'alinéa 2 est abrogé.

Art. 45. - Disposition modificative

À l'article 2 du même décret, modifié par le décret du 25 janvier 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° à l'alinéa 1^{er}, le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° autorité :

a) la Communauté germanophone,

b) les organismes de droit public qui dépendent de la Communauté germanophone,

c) les communes, les centres publics d'action sociale et autres entités territoriales de la région de langue allemande, à l'exception des zones de police pluricomunales et des zones de secours, pour autant qu'ils ne disposent pas de leur propre personne chargée de la médiation ou de leur propre service de médiation,

d) tout organisme, indépendamment de sa nature et de sa forme juridique,

- qui a été créé pour satisfaire spécifiquement des besoins d'intérêt général ayant un caractère autre que commercial, et

- qui est doté de la personnalité juridique, et

- dont l'activité est financée essentiellement par les autorités ou organismes mentionnés aux a) et b) ou qui est soumis, en ce qui concerne sa direction, à leur tutelle ou dont l'organe d'administration, de direction ou de tutelle est majoritairement composé de membres désignés par ces autorités ou organismes,

e) les associations créées par une ou plusieurs des autorités mentionnées aux a), b), c) ou d); »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, les 2° et 3° sont abrogés;

3° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Pour l'application du présent décret, le Parlement et le Gouvernement répondent à la définition d'autorité, au sens de l'alinéa 1^{er}, 1° a). »

Art. 46. - Disposition modificative

À l'article 2.1 du même décret, inséré par le décret du 25 janvier 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « le médiateur de la Communauté germanophone » sont remplacés par les mots « la personne chargée de la médiation en Communauté germanophone »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « au médiateur » sont remplacés par les mots « à la personne chargée de la médiation ».

Art. 47. - Disposition modificative

À l'article 3 du même décret, modifié par le décret du 25 janvier 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'intitulé de l'article, les mots « du médiateur » sont remplacés par les mots « de la personne chargée de la médiation »;

2° dans le § 1^{er}, les mots « Le médiateur » sont remplacés par les mots « La personne chargée de la médiation », et dans le 1°, le mot « conciliateur » est remplacé par le mot « conciliatrice »;

3° dans le § 2, les mots « Le médiateur » sont chaque fois remplacés par les mots « La personne chargée de la médiation »;

4° dans le § 2.1, les mots « le médiateur » sont remplacés par les mots « la personne chargée de la médiation »;

5° dans la phrase introductive du § 3, alinéa 1^{er}, les mots « au médiateur » sont remplacés par les mots « à la personne chargée de la médiation » et les mots « article 2, alinéa 1^{er}, 1° et 2° » sont remplacés par les mots « article 2, alinéa 1^{er}, 1° »;

6° le § 3 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, la personne chargée de la médiation vérifie les informations sur des violations qui relèvent du champ d'application du chapitre 3 du décret du 21 février 2022 établissant différents instruments relatifs à la gestion des informations et des réclamations en Communauté germanophone, conformément aux dispositions du même chapitre. Pour la réception, le traitement et l'examen de tels signalements ainsi que l'adoption de mesures de protection dans ce contexte, les dispositions du même chapitre sont applicables. »;

7° dans le § 4, les mots « Le médiateur n'est pas compétent » sont remplacés par les mots « La personne chargée de la médiation n'est pas compétente ».

Art. 48. - Disposition modificative

À l'article 4 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° [concerne le texte allemand.];

2° les mots « le médiateur » sont remplacés par les mots « la personne chargée de la médiation »;

3° les mots « - dans le respect des principes de bonne administration, de l'État de droit et de promotion de la protection des droits de l'homme - » sont insérés entre les mots « a pour objectif » et les mots « de concilier ».

Art. 49. - Disposition modificative

Dans l'article 5, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « du premier médiateur » sont remplacés par les mots « de la première personne chargée de la médiation ».

Art. 50. - Disposition modificative

À l'article 6 du même décret, modifié par le décret du 25 janvier 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'intitulé de l'article, les mots « du médiateur » sont remplacés par les mots « de la personne chargée de la médiation »;

2° l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit : « Après un appel public aux candidats et une procédure de sélection comparative fixée par le Bureau, la personne chargée de la médiation est désignée par le Parlement pour une période de six ans, renouvelable une fois. »

Art. 51. - Disposition modificative

Dans l'article 7 du même décret, modifié par le décret du 25 janvier 2016, la phrase introductive est remplacée par les mots « Pour pouvoir être désignée, la personne chargée de la médiation doit : » et dans le 6°, les mots « être porteur » sont remplacés par les mots « être porteuse ».

Art. 52. - Disposition modificative

À l'article 8 du même décret, les mots « le médiateur » sont remplacés par les mots « la personne chargée de la médiation ».

Art. 53. - Disposition modificative

À l'article 9 du même décret, modifié par le décret du 25 janvier 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « le médiateur » sont remplacés par les mots « la personne chargée de la médiation »;

2° dans le § 1^{er}, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit : « La personne chargée de la médiation ne peut être candidate à une fonction publique pendant une durée de trois ans après la fin de son mandat. »;

3° dans le § 2, les mots « Le médiateur » sont remplacés par les mots « La personne chargée de la médiation »;

4° dans le § 3, alinéa 2, le mot « médiateur » est remplacé par les mots « personne chargée de la médiation ».

Art. 54. - Disposition modificative

L'article 10 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 10 - Indépendance

Dans l'exercice de ses fonctions, la personne chargée de la médiation agit en toute indépendance, impartialité et neutralité. Elle ne peut pas être relevée de son mandat à raison d'actes posés dans le cadre de l'exercice de sa fonction ni d'opinions qu'elle émet dans le cadre de ses activités. »

Art. 55. - Disposition modificative

À l'article 11 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « Le médiateur » sont remplacés par les mots « La personne chargée de la médiation »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « du médiateur » sont remplacés par les mots « de la personne chargée de la médiation ».

Art. 56. - Disposition modificative

À l'article 12 du même décret, les mots « Le médiateur » sont remplacés par les mots « La personne chargée de la médiation ».

Art. 57. - Disposition modificative

À l'article 13 du même décret, modifié par le décret du 25 janvier 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots « du médiateur » sont remplacés par les mots « de la personne chargée de la médiation »;

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « du médiateur » sont remplacés par les mots « de la personne chargée de la médiation », les mots « lorsqu'il ne remplit plus » sont remplacés par les mots « lorsqu'elle ne remplit plus », et les mots « lorsqu'il exerce » sont remplacés par les mots « lorsqu'elle exerce »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « le médiateur » sont remplacés par les mots « la personne chargée de la médiation », et dans le 1°, les mots « avec lui » sont remplacés par les mots « avec elle »;

4° dans le § 3, alinéa 1^{er}, les mots « le médiateur » sont remplacés par les mots « la personne chargée de la médiation », et les mots « un médiateur » sont remplacés par les mots « une personne chargée de la médiation »;

5° dans le § 3, alinéa 2, les mots « du médiateur désigné » sont remplacés par les mots « de la personne chargée de la médiation désignée ».

Art. 58. - Disposition modificative

À l'article 14 du même décret, les mots « Le médiateur » sont remplacés par les mots « La personne chargée de la médiation ».

Art. 59. - Disposition modificative

À l'article 15 du même décret, modifié par le décret du 25 janvier 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « Le médiateur » sont remplacés par les mots « La personne chargée de la médiation »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3° lorsqu'elle a été introduite conformément aux exigences linguistiques définies dans les lois coordonnées du 18 juillet 1966 sur l'emploi des langues en matière administrative; »;

3° un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3 :

« La personne chargée de la médiation refuse de traiter une réclamation lorsqu'un recours administratif organisé ou un recours judiciaire est pendant en la cause. »;

4° dans l'alinéa 2, qui devient l'alinéa 3, les mots « Le médiateur » sont remplacés par les mots « La personne chargée de la médiation », et dans le 3°, les mots « le médiateur » sont remplacés par les mots « la personne chargée de la médiation »;

5° dans l'alinéa 2, qui devient l'alinéa 3, le 5° est remplacé par ce qui suit :

« 5° lorsqu'elle vise des questions relatives au personnel de l'autorité au sein de laquelle le réclamant est occupé, sauf dans le cas :

- d'une réclamation formulée dans le cadre de l'article 3, § 3, et

- d'une réclamation pour laquelle le réclamant est en mesure de démontrer qu'aucune autre possibilité de recours spécifique ne lui est offerte; »;

6° l'alinéa 2, qui devient l'alinéa 3, est complété par un 6° rédigé comme suit :

« 6° lorsqu'elle va de pair avec l'examen d'une décision judiciaire. »

Art. 60. - Disposition modificative

À l'article 16 du même décret, modifié par le décret du 25 janvier 2016, le mot « direct » est abrogé, et les mots « du médiateur » sont remplacés par les mots « de la personne chargée de la médiation ».

Art. 61. - Disposition modificative

À l'article 16.1 du même décret, inséré par le décret du 25 janvier 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa unique, qui devient l'alinéa 1^{er}, les mots « article 3, § 3 » sont remplacés par les mots « article 3, § 3, alinéa 1^{er} », les mots « du médiateur » sont remplacés par les mots « de la personne chargée de la médiation », les mots « Les autorités administratives et autorités administratives locales correspondantes » sont remplacés par les mots « Les autorités correspondantes », et les mots « , des règles concernant la répartition de la charge de la preuve » sont abrogés;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, pour les signalements mentionnés à l'article 3, § 3, alinéa 2, les mesures de protection mentionnées au chapitre 3, section 4, du décret du 21 février 2022 établissant différents instruments relatifs à la gestion des informations et des réclamations en Communauté germanophone sont applicables. »

Art. 62. - Disposition modificative

À l'article 17 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « Le médiateur » sont remplacés par les mots « La personne chargée de la médiation », et les mots « un autre médiateur ou service compétent » sont remplacés par les mots « une autre personne chargée de la médiation ou à un autre service compétent »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 3, les mots « Le médiateur » sont remplacés par les mots « La personne chargée de la médiation », et les mots « qu'il compte » sont remplacés par les mots « qu'elle compte »;

3° dans le § 2, les mots « Le médiateur » sont remplacés par les mots « La personne chargée de la médiation ».

Art. 63. - Disposition modificative

À l'article 18 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « Le médiateur » sont remplacés par les mots « La personne chargée de la médiation »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « Il s'efforce » sont remplacés par les mots « Elle s'efforce ».

Art. 64. - Disposition modificative

Dans le même décret, il est inséré un article 18.1 rédigé comme suit :

« Art. 18.1 - Confidentialité

Les documents et informations dans le cadre de la procédure de vérification doivent être traités de manière confidentielle par toutes les parties intéressées. »

Art. 65. - Disposition modificative

À l'article 19 du même décret, modifié par le décret du 25 janvier 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « Le médiateur » sont remplacés par les mots « La personne chargée de la médiation », les mots « article 2, alinéa 1^{er}, 1° à 3° » sont remplacés par les mots « article 2, alinéa 1^{er}, 1° », et les mots « qu'il interroge » sont remplacés par les mots « qu'elle interroge »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « le médiateur » sont remplacés par les mots « la personne chargée de la médiation »;

3° dans le § 2, les mots « le médiateur » sont remplacés par les mots « la personne chargée de la médiation », et les mots « qu'il estime » sont remplacés par les mots « qu'elle estime »;

4° dans le § 3, les mots « les médiateurs » sont remplacés par les mots « les personnes chargées de la médiation »;

5° dans le § 4, les mots « Le médiateur » sont remplacés par les mots « La personne chargée de la médiation », et les mots « article 2, alinéa 1^{er}, 1° à 3° » sont remplacés par les mots « article 2, alinéa 1^{er}, 1° ».

Art. 66. - Disposition modificative

À l'article 20 du même décret, modifié par le décret du 25 janvier 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « le médiateur » sont remplacés par les mots « la personne chargée de la médiation », et les mots « il en avertit les autorités et organismes visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1° à 3° » sont remplacés par les mots « elle peut en avertir les autorités et organismes mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1° »;

2° dans le § 1^{er}, l'alinéa 2 est remplacé par les alinéas 2 et 3 rédigés comme suit :

« Si, dans l'exercice de ses fonctions, la personne chargée de la médiation constate des faits constitutifs d'infractions ou qui permettent fortement d'en présumer l'existence, elle en informe le procureur du Roi, conformément à l'article 29 du Code d'instruction criminelle.

Sans préjudice de l'article 16.1, la personne chargée de la médiation informe le réclamant en conséquence et met fin à sa procédure, après avoir informé le procureur du Roi conformément à l'alinéa 2. »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « article 2, alinéa 1^{er}, 1° à 3° » sont remplacés par les mots « article 2, alinéa 1^{er}, 1° », et les mots « le médiateur » sont remplacés par les mots « la personne chargée de la médiation »;

4° dans le § 2, alinéa 3, les mots « Le médiateur » sont remplacés par les mots « La personne chargée de la médiation »;

5° dans le § 2, alinéa 4, les mots « du médiateur » sont remplacés par les mots « de la personne chargée de la médiation », et les mots « par celui-ci » sont remplacés par les mots « par celle-ci »;

6° dans le § 3, les mots « le médiateur » sont remplacés par les mots « la personne chargée de la médiation ».

Art. 67. - Disposition modificative

À l'article 21 du même décret, modifié par le décret du 25 janvier 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « le médiateur » sont remplacés par les mots « la personne chargée de la médiation »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « Il en informe » sont remplacés par les mots « Elle en informe »;

3° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « le médiateur » sont remplacés par les mots « la personne chargée de la médiation »;

4° dans le § 2, alinéa 2, les mots « du médiateur » sont remplacés par les mots « de la personne chargée de la médiation ».

Art. 68. - Disposition modificative

À l'article 22 du même décret, les mots « Le médiateur » sont remplacés par les mots « La personne chargée de la médiation ».

Art. 69. - Disposition modificative

À l'article 23 du même décret, modifié par le décret du 25 janvier 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Pour le 30 avril de chaque année au plus tard, la personne chargée de la médiation adresse au Parlement un rapport d'activités écrit portant sur l'année précédente. Avec l'accord du Bureau, ce rapport peut être établi tous les deux ans. Elle peut, en outre, soumettre au Parlement des rapports intermédiaires si elle l'estime utile. »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « le médiateur » sont remplacés par les mots « la personne chargée de la médiation »;

3° dans l'alinéa 3, les mots « par le médiateur » sont remplacés par les mots « par la personne chargée de la médiation », et les mots « qu'il a rencontrées » sont remplacés par les mots « qu'elle a rencontrées »;

4° dans l'alinéa 6, les mots « Le médiateur peut à tout moment être entendu » sont remplacés par les mots « La personne chargée de la médiation peut à tout moment être entendue ».

Art. 70. - Disposition modificative

À l'article 24 du même décret, modifié par le décret du 25 janvier 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'intitulé de l'article et dans l'alinéa 1^{er}, les mots « du médiateur » sont chaque fois remplacés par les mots « de la personne chargée de la médiation »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « Le médiateur » sont remplacés par les mots « La personne chargée de la médiation », et les mots « il a remis » sont remplacés par les mots « elle a remis ».

Art. 71. - Disposition modificative

À l'article 25 du même décret, modifié par le décret du 25 janvier 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « du médiateur » sont chaque fois remplacés par les mots « de la personne chargée de la médiation »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « Le médiateur » sont remplacés par les mots « La personne chargée de la médiation ».

Art. 72. - Disposition modificative

À l'article 1^{er} du décret du 25 février 2019 instituant un dialogue citoyen permanent en Communauté germanophone, le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3° personne chargée de la médiation : la personne en charge de la fonction décrite dans le décret du 26 mai 2009 instituant la fonction de personne chargée de la médiation en Communauté germanophone; ».

Art. 73. - Disposition modificative

Dans l'article 4, § 2, alinéa 2, du même décret, les mots « le médiateur » sont remplacés par les mots « la personne chargée de la médiation ».

Art. 74. - Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} septembre 2022.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 21 février 2022.

O. PAASCH,
Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
A. ANTONIADIS,
Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement
I. WEYKMANS,
La Ministre de la Culture et des Sports,
de l'Emploi et des Médias
L. KLINKENBERG,
La Ministre de l'Éducation
et de la Recherche scientifique

—
Note

Session 2021-2022

Documents parlementaires : 138 (2020-2021) n° 1 Proposition de décret

138 (2021-2022) n° 2 Propositions d'amendement

138 (2021-2022) n° 3 Rapport

138 (2021-2022) n° 4 Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral : 21 février 2022 - n° 40 Discussion et vote

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2022/202206]

21 FEBRUARI 2022. — Decreet tot vaststelling van verschillende instrumenten voor informatie- en klachtenbeheer in de Duitstalige Gemeenschap

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen***Artikel 1.** - Definities

Voor de toepassing van dit decreet gelden de volgende definities :

1° overheid :

- a) de Duitstalige Gemeenschap,
- b) de publiekrechtelijke instellingen die onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteren,
- c) de gemeenten, openbare centra voor maatschappelijk welzijn en overige territoriale entiteiten van het Duitse taalgebied, met uitzondering van de meergemeentelijke politiezones en de hulpverleningszones,
- d) iedere instelling, van welke aard en juridische vorm ook :
 - die opgericht is met het specifieke doel te voorzien in behoeften van algemeen belang die niet van industriële of commerciële aard zijn, en
 - rechtspersoonlijkheid heeft en
 - waarvan de activiteiten overwegend door de overheden of instellingen vermeld onder a) en b) worden gefinancierd of waarvan het beheer aan het toezicht van die overheden of instellingen is onderworpen of waarvan de meerderheid van de leden van het bestuursorgaan, het leidinggevend orgaan of het toezichthoudend orgaan door die overheden of instellingen is aangewezen;

e) de verenigingen gevormd door een of meer onder a), b), c) of d) vermelde overheden;

2° persoon : natuurlijke persoon of rechtspersoon, evenals elke feitelijke vereniging;

3° bestuurshandeling : handeling van een persoon die onder verantwoordelijkheid van een van de in 1° genoemde overheden werkt en die betrokken is bij :

- a) de voorbereiding van een beslissing,
- b) de uitvoering van een beslissing,
- c) de beslissing zelf of
- d) de non-activiteit met betrekking tot een beslissing;

4° werkwijze : werking of gedrag van overheden, personeelsleden of medewerkers, en dit ongeacht of deze werking of dat gedrag verband houdt met een beslissing;

5° klacht : schriftelijk of mondeling ingediende melding van bestuurshandelingen, nalatigheden of werkwijzen die de indiener onwettig, niet aangepast, niet rechtvaardig, niet juist of niet billijk lijken, waarbij de klacht niet mag gericht zijn tegen wettelijke bepalingen;

6° ombudsdienst : ombudspersoon van de Duitstalige Gemeenschap die werd benoemd overeenkomstig het decreet van 26 mei 2009 tot instelling van het ambt van ombudspersoon voor de Duitstalige Gemeenschap;

7° Algemene Verordening Gegevensbescherming : de Verordening (EU) 2016/679 van 27 april 2016 van het Europees Parlement en de Raad betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG.

Voor de toepassing van dit decreet gelden het Parlement en de Regering als overheid in de zin van het eerste lid, 1°, a).

Art. 2. - Principe van de actieve communicatie

De overheidsinstanties informeren actief en op eigen initiatief over het door hen gevoerde beleid, hun voorschriften en diensten, onder meer met beschrijving van hun taken, bevoegdheden, interne organisatie en met de bestaande mogelijkheden om een klacht in te dienen.

Ze zorgen er met passende informatiestrategieën voor dat :

1. de informatie een zo groot mogelijk aantal betrokken personen bereikt;
2. de informatie gemakkelijk toegankelijk, correct, actueel, neutraal, vergelijkbaar en aangepast aan de doelgroep en de thema's is.

Art. 3. - Bijstand op het gebied van klachtenbeheer

§ 1 - De Regering erkent slechts één instelling als centraal meldpunt voor bijstand op het gebied van klachtenbeheer.

Om als centraal meldpunt erkend te worden, moet deze instelling :

- 1° als vereniging zonder winstoogmerk georganiseerd zijn;
- 2° haar diensten in het hele Duitse taalgebied aanbieden;

3° over tien jaar bewezen ervaring op het gebied van algemene informatie en advies aan burgers en consumenten beschikken.

Het centrale meldpunt krijgt de opdracht :

1. kosteloos begeleiding en inlichtingen te verstrekken aan burgers die informatie of documentatie over overheidsinstanties zoeken of die een kennisgeving of klacht willen indienen en in dat verband algemene informatie te verspreiden;

2. overheidsinstanties advies te geven bij hun informatiebeleid en kosteloos hulp te bieden bij de praktische uitvoering van het klachtenbeheer;

3. een uniek logo voor klachtenbeheer in de Duitstalige Gemeenschap uit te werken en te verspreiden;

4. een klachtenformulier uit te werken en te verspreiden dat minstens de volgende elementen bevat :

a) aanwijzingen overeenkomstig de Algemene Verordening Gegevensbescherming;

b) aanwijzingen voor de classificatie van de klachtenprocedure met het oog op administratieve of gerechtelijke beroepsprocedures;

c) het unieke logo voor het klachtenbeheer.

§ 2 - Het centrale meldpunt is neutraal en beschikt over adequaat gekwalificeerd personeel.

Onverminderd het decreet van 28 juni 2021 inzake open data en het hergebruik van overheidsinformatie is het centrale meldpunt gemachtigd, tegen betaling van een som die gebaseerd is op een passende prijs voor de totale productiekosten, documenten op om het even welke gegevensdrager ter beschikking te stellen.

HOOFDSTUK 2. — *Klachtenbeheer*

Art. 4. - Doelstellingen

Elke persoon die zijn belang kan aantonen, heeft het recht kosteloos een klacht in te dienen tegen een bestuurshandeling of tegen werkwijzen van een overheid. Hij mag een andere rechtsbekwame persoon volmacht geven om hem in rechte te vertegenwoordigen.

De overheidsinstanties zetten een klachtenprocedure op waarin minstens de bepalingen van dit hoofdstuk worden nageleefd. Zij kunnen daarnaast bepalingen voorzien die gunstiger zijn voor de indiener.

Art. 5. - Ontvankelijke klachten

Een klacht is ontvankelijk als ze :

1. een concrete bestuurshandeling of werkwijze betreft;

2. bij de overheid die verantwoordelijk is voor de betreffende bestuurshandeling of werkwijze schriftelijk werd ingediend of mondeling werd uiteengezet en overeenkomstig artikel 7, tweede lid, 3°, schriftelijk werd weergegeven;

3. een beschrijving bevat van de aangelegenheid die aanleiding geeft tot de klacht;

4. werd ingediend overeenkomstig de taalvereisten gesteld in de gecoördineerde wetten van 18 juli 1966 op het gebruik van de talen in bestuurszaken.

Art. 6. - Niet-ontvankelijke klachten

De verantwoordelijke overheid kan een klacht weigeren te behandelen als :

1. de klacht

a) kennelijk ongegrond is;

b) in wezen identiek is aan een eerdere klacht die reeds conform dit hoofdstuk werd behandeld en geen nieuwe feiten omvat;

c) betrekking heeft op feiten die meer dan een jaar voor het indienen van de klacht hebben plaatsgevonden;

2. de indiener de bestaande georganiseerde administratieve klachtenprocedures niet heeft uitgeput om genoegdoening te krijgen;

3. de klacht betrekking heeft op personeelsaangelegenheden van de overheid waar de indiener werkt, met uitzondering van een klacht waarvoor de indiener aannemelijk kan maken dat hij geen andere specifieke mogelijkheid heeft om een klacht in te dienen;

4. de naam en het adres van de indiener niet bekend zijn.

De verantwoordelijke overheid weigert de klacht te behandelen, als in verband met de klacht een georganiseerd administratief of jurisdictioneel beroep aanhangig is.

De termijn van één jaar vermeld in het eerste lid, 1°, c), wordt opgeschort gedurende de periode waarin de grond van de klacht het voorwerp is van een georganiseerd administratief beroep of een jurisdictioneel beroep.

Art. 7. - Indienen van een klacht

Een klacht wordt digitaal of op papier ingediend bij de verantwoordelijke overheid.

Elke overheid :

1. publiceert een klachtenformulier dat minstens beantwoordt aan de voorschriften van artikel 3, § 1, derde lid, 4°, en zorgt ervoor dat dit formulier zowel digitaal als op papier vlot toegankelijk is;

2. bepaalt bij welke persoon of personen klachten kunnen worden ingediend;
3. zorgt ervoor dat de indiener indien nodig hulp krijgt bij het schriftelijk formuleren van zijn klacht.

Art. 8. - Ontvangstbevestiging

Onmiddellijk na het indienen van de klacht wordt aan de indiener een ontvangstbevestiging met datum van ontvangst van de klacht overhandigd of bezorgd. Dat gebeurt ofwel digitaal ofwel op papier, afhankelijk van de manier waarop de klacht werd ingediend.

Art. 9. - Informatie over de behandeling van de klacht

§ 1 - Binnen 14 kalenderdagen na indiening van de klacht ontvangt de indiener een informatiebrief over de verdere behandeling van de klacht.

De in het eerste lid genoemde informatiebrief bevat informatie over :

1. de ontvankelijkheid of niet-ontvankelijkheid van de klacht;
2. de contactpersoon en de overeenkomstig artikel 36, § 1, eerste lid, aangewezen verantwoordelijke voor de behandeling van de klacht.

§ 2 - Bij ontvankelijkheid van de klacht worden in de informatiebrief de behandelingstermijn, de behandelingsprocedure en de manier van informeren over het resultaat meegedeeld.

§ 3 - Wanneer de klacht niet-ontvankelijk is of niet verder hoeft te worden onderzocht, bevat de informatiebrief een motivering voor de niet-ontvankelijkheid en worden aanwijzingen bijgevoegd over de mogelijkheid om een klacht in te dienen bij de ombudsdienst.

§ 4 - Indien een klacht niet verder behandeld wordt, omdat zij werd ingediend bij een overheid die er niet bevoegd voor is, stuurt de desbetreffende overheid de klacht zo snel mogelijk door naar de overheid die volgens haar bevoegd is, op voorwaarde dat de indiener hier geen bezwaar tegen aantekent.

De in § 1, eerste lid, genoemde informatiebrief geeft informatie over de doorgifte van de klacht.

Art. 10. - Behandelingstermijn

De klachtenprocedure wordt binnen 45 kalenderdagen na het indienen van de klacht afgesloten.

In buitengewone omstandigheden en nadat de indiener schriftelijk in kennis werd gesteld, kan de in het eerste lid gestelde termijn verlengd worden tot in totaal maximaal 90 kalenderdagen.

Art. 11. - Onderzoek van de klacht

§ 1 - De verantwoordelijke overheid zorgt ervoor dat de klacht correct, discreet en neutraal wordt onderzocht. Ze houdt daarbij rekening met de in hoofdstuk 4 vermelde voorschriften inzake gegevensbescherming, waarbij de indiener recht van bezwaar heeft met betrekking tot de verwerking en doorgifte van zijn persoonsgegevens.

Degenen die de klacht onderzoeken, oefenen hun activiteiten onafhankelijk uit in het kader van de vastgelegde klachtenprocedure.

§ 2 - Indien de indiener genoegdoening heeft gekregen, verdwijnt de verplichting de klachtenprocedure overeenkomstig dit decreet voort te zetten.

Art. 12. - Informatie bij het afsluiten van de klachtenprocedure

§ 1 - De verantwoordelijke overheid informeert de indiener schriftelijk over :

1. het resultaat van haar onderzoek met inbegrip van de redenen die aan de basis van dit resultaat liggen, en de daaruit eventueel voortvloeiende maatregelen van de overheid, zonder specificaties inzake personeelsrecht;
2. het beëindigen van de procedure overeenkomstig artikel 11, § 2, en de redenen voor de beëindiging.

§ 2 - De verantwoordelijke overheid informeert de indiener over de verdere mogelijkheden om genoegdoening te krijgen, tot welke instanties hij zich dient te wenden en welke formaliteiten en termijnen hierbij moeten worden nageleefd.

Ze vermeldt in elk geval dat hij het recht heeft zijn klacht tot de ombudsdienst te richten indien hij:

1. ontevreden is over de behandeling van zijn klacht of
2. geen genoegdoening heeft gekregen in de desbetreffende aangelegenheid.

Art. 13. - Bijhouden van een register en kennisgeving

§ 1 - Elke overheid houdt per kalenderjaar een register van de ontvangen klachten bij.

Dit register bevat meldingen :

1. van het aantal en het voorwerp van alle ontvangen klachten als bedoeld in dit hoofdstuk;
2. over de ontvankelijkheid en de verdere behandelingsprocedure;
3. over de bijbehorende onderzoeksresultaten en
4. eventueel over de daaruit voortvloeiende maatregelen.

§ 2 - Vóór 31 maart van het jaar dat volgt op het referentiejaar maken de overheidsinstanties een geanonimiseerde versie van het register over aan hun bestuurs- of toezichthoudend orgaan en aan de ombudsdienst.

HOOFDSTUK 3. — *Bescherming van melders**Afdeling 1. — Algemene bepalingen***Art. 14.** - Europese clausule

Dit hoofdstuk voorziet in de gedeeltelijke omzetting van Richtlijn (EU) 2019/1937 van het Europees Parlement en de Raad van 23 oktober 2019 inzake de bescherming van personen die inbreuken op het Unierecht melden.

Art. 15. - Toepassingsgebied

§ 1 - Dit hoofdstuk is van toepassing op de volgende inbreuken op het Unierecht, voor zover dit betrekking heeft op de bevoegdheden van de Duitstalige Gemeenschap :

1° inbreuken die binnen het toepassingsgebied vallen van de in de bijlage bij de in artikel 14 genoemde richtlijn vermelde wetgevingshandelingen van de Europese Unie en die betrekking hebben op de volgende gebieden :

- a) overheidsopdrachten,
- b) milieubescherming,
- c) volksgezondheid,
- d) consumentenbescherming,
- e) bescherming van de persoonlijke levenssfeer en persoonsgegevens, en beveiliging van netwerk- en informatiesystemen;

2° inbreuken waardoor de financiële belangen van de Europese Unie worden geschaad;

3° inbreuken in verband met de interne markt, met inbegrip van inbreuken op de Unieregels inzake mededinging en staatssteun, alsmede inbreuken in verband met de interne markt en die betrekking hebben op handelingen die in strijd zijn met de regels van de vennootschapsbelasting of constructies die erop gericht zijn een belastingvoordeel te verkrijgen dat afbreuk doet aan de strekking of het doel van het toepasselijke vennootschapsbelastingrecht.

Informatie die betrekking heeft op de volgende gebieden is uitgesloten van het toepassingsgebied vermeld in het eerste lid :

1° bescherming van de nationale veiligheid;

2° bescherming van gerubriceerde informatie als bedoeld in de wet van 11 december 1998 betreffende de classificatie en de veiligheidsmachtigingen, veiligheidsattesten en veiligheidsadviezen;

3° bescherming van het beroepsgeheim van advocaten en van het medisch beroepsgeheim;

4° geheimhouding van rechterlijke beraadslagingen;

5° strafprocesrecht.

§ 2 - Dit hoofdstuk doet geen afbreuk aan de geldende voorschriften inzake de uitoefening door werknemers van het recht om hun vertegenwoordigers of representatieve werknemersorganisaties te raadplegen en inzake de bescherming tegen ongerechtvaardigde benadelende maatregelen als gevolg van deze raadplegingen, alsmede inzake de autonomie van de sociale partners en hun recht om collectieve arbeidsovereenkomsten te sluiten.

Dit hoofdstuk doet geen afbreuk aan de geldende voorschriften over vertrouwenspersonen als bedoeld in artikel 32*sexies*, § 2, van de wet van 4 augustus 1996 betreffende het welzijn van de werknemers bij de uitvoering van hun werk.

§ 3 - Dit hoofdstuk doet geen afbreuk aan andere decretale voorschriften die in een ruimere bescherming van de melder voorzien.

Art. 16. - Bijzondere definities

Voor de toepassing van dit hoofdstuk gelden de volgende definities :

1° inbreuken : handelingen of nalatigheden die :

a) onrechtmatig zijn en betrekking hebben op de rechtshandelingen van de Europese Unie en beleidsterreinen die binnen het in artikel 15 bedoelde toepassingsgebied vallen, of

b) het doel of de toepassing ondermijnen van de regels in de rechtshandelingen van de Europese Unie en de beleidsterreinen die binnen het in artikel 15 bedoelde toepassingsgebied vallen, en

c) geen betrekking hebben op louter interpersoonlijke conflicten;

2° informatie over inbreuken : informatie, waaronder redelijke vermoedens, over feitelijke of mogelijke inbreuken, die hebben plaatsgevonden of zeer waarschijnlijk zullen plaatsvinden binnen de overheid waar de melder werkt of heeft gewerkt, of binnen een andere overheid waarmee de melder uit hoofde van zijn werk in contact is geweest, alsmede over pogingen tot verhulling van dergelijke inbreuken;

3° melding : het mondeling of schriftelijk verstrekken van informatie over inbreuken;

4° interne melding : een melding binnen een overheid;

5° externe melding : een melding aan de ombudsdienst;

6° openbaarmaking : het publiek toegankelijk maken van informatie over inbreuken;

7° melder : een natuurlijke persoon die in de context van zijn werkgerelateerde activiteiten verkregen informatie over inbreuken meldt of openbaar maakt;

8° interne melder : een melder die als personeelslid voor een overheid werkt;

9° externe melder : een melder met de volgende hoedanigheid :

a) aandeelhouders en personen die behoren tot het bestuurlijk, leidinggevend of toezichhoudend orgaan van een overheid, met inbegrip van niet bij het dagelijks bestuur betrokken leden, vrijwilligers en bezoldigde of onbezoldigde stagiairs;

b) aannemers, onderaannemers en leveranciers, evenals de personen die onder hun toezicht en leiding werkzaam zijn;

c) personen die informatie over inbreuken melden of openbaar maken die is verkregen in het kader van een inmiddels beëindigde werkelijkte;

d) personen wier werkrelatie nog moet aanvangen, ingeval informatie over inbreuken is verkregen tijdens de wervingsprocedure of andere precontractuele onderhandelingen;

10° facilitator : een natuurlijke persoon die een melder bijstaat in het meldingsproces in een werkgerelateerde context en wiens bijstand vertrouwelijk moet zijn;

11° werkgerelateerde context : huidige of vroegere arbeidsactiviteiten in de publieke of private sector waardoor, ongeacht de aard van die activiteiten, personen informatie kunnen verkrijgen over inbreuken en waarbij die personen te maken kunnen krijgen met represailles indien zij dergelijke informatie zouden melden;

12° betrokkene : een natuurlijke persoon of rechtspersoon die in de melding of bij de openbaarmaking wordt genoemd als persoon aan wie de inbreuk wordt toegeschreven of met wie die persoon in verband wordt gebracht;

13° represailles : directe of indirecte handelingen of nalatigheden die in een werkgerelateerde context plaatsvinden naar aanleiding van een interne of externe melding of openbaarmaking, en die tot ongerechtvaardigde benadeling van de melder leidt of kan leiden;

14° opvolging : optreden van de ontvanger van een melding of van de ombudsdienst om de juistheid van de in de melding gedane beweringen na te gaan en de gemelde inbreuk zo nodig aan te pakken, onder meer via maatregelen zoals een intern vooronderzoek, een onderzoek, vervolging, een terugvordering van middelen of het beëindigen van de procedure;

15° feedback : het aan de melder verstrekken van informatie over de als opvolging geplande of genomen maatregelen en over de redenen voor die opvolging.

Afdeling 2. — Melding van informatie over inbreuken

Art. 17. - Interne meldingen

Onverminderd de artikelen 18 en 28 kunnen interne en externe melders informatie over inbreuken melden bij overheidsinstanties. Daartoe zetten de overheidsinstanties kanalen en procedures op voor interne meldingen en voor de opvolging volgens de voorschriften van deze afdeling.

De in artikel 1, eerste lid, 1°, c), genoemde overheidsinstanties kunnen in de vorm van een projectvereniging krachtens artikel L1512-2 van het Wetboek van de plaatselijke democratie en decentralisatie een gezamenlijk intern meldingskanaal beheren.

De in artikel 1, eerste lid, 1°, d) en e), genoemde voorzieningen die minder dan 50 werknemers tellen, kunnen:

1. facultatief een intern meldingskanaal opzetten of
2. een derde de opdracht geven een gemeenschappelijk intern meldingskanaal voor hen te beheren.

In afwijking van artikel 1, eerste lid, 1°, worden de Mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap en de Economische en Sociale Raad van de Duitstalige Gemeenschap voor de toepassing van dit artikel gelijkgesteld met de instellingen vermeld in het derde lid.

Art. 18. - Externe meldingen

Onverminderd artikel 3, § 3, van het decreet van 26 mei 2009 tot instelling van het ambt van ombudspersoon voor de Duitstalige Gemeenschap en onverminderd artikel 28, 2°, kunnen interne en externe melders informatie over inbreuken bij de ombudsdienst melden.

De ombudsdienst behandelt de externe meldingen volgens de voorschriften van het decreet van 26 mei 2009 tot instelling van het ambt van ombudspersoon voor de Duitstalige Gemeenschap, tenzij de bepalingen van deze afdeling hiervan afwijken.

Daarbij zorgt de ombudsdienst ervoor dat de volledigheid, de integriteit en de vertrouwelijkheid van de informatie gewaarborgd zijn.

Art. 19. - Voorschriften voor meldingskanalen

De meldingskanalen beschermen door hun ontwerp, opzet en beheer op beveiligde wijze de vertrouwelijkheid van de identiteit van de melder en van eventuele in de melding genoemde derden en beletten de toegang door onbevoegden. Bij externe meldingen draagt de ombudsdienst er zorg voor dat de identiteit van de betrokkenen beschermd blijft gedurende het naar aanleiding van de melding of openbaarmaking opgestarte onderzoek.

Bij het opzetten van meldingskanalen wordt een onpartijdige persoon of afdeling aangeduid die bevoegd is voor de opvolging van de meldingen, die dezelfde persoon of afdeling kan zijn die de meldingen ontvangt en die contact houdt met de melder, om hem zo nodig om nadere informatie te verzoeken en hem feedback te geven.

Indien een melding niet volgens de voorschriften van deze afdeling werd ingediend of door een andere dan de in het tweede lid genoemde persoon of afdeling in ontvangst genomen werd, zenden de personeelsleden die de melding in ontvangst genomen hebben, die onverwijld en ongewijzigd door naar de in het tweede lid genoemde persoon of afdeling, zonder daarbij informatie openbaar te maken waardoor de identiteit van de melder of de betrokkenen zou kunnen worden achterhaald.

De meldingskanalen evalueren regelmatig en ten minste om de drie jaar hun procedures voor de ontvangst en opvolging van meldingen en zij passen deze indien nodig aan op basis van ervaringsscores.

Art. 20. - Indienen van een melding

§ 1 - Melders kunnen meldingen in schriftelijke en/of mondelinge vorm indienen. Mondelinge melding is mogelijk via de telefoon of via andere spraakberichtsysteemen, en op verzoek van de melder door middel van een fysieke ontmoeting binnen een redelijke termijn.

Meldingen zijn slechts ontvankelijk wanneer de naam en de contactgegevens van de melder bekend zijn.

§ 2 - Wanneer voor het melden, met instemming van de melder, een telefoonlijn met gespreksopname of een ander spraakberichtsysteem met gespreksopname wordt gebruikt, kan het meldingskanaal de mondelinge melding op een van de volgende wijzen registreren:

1° door het maken van een opname van het gesprek in een duurzame, opvraagbare vorm, of

2° door een volledige en nauwkeurige schriftelijke weergave van het gesprek, opgesteld door de voor het behandelen van de melding verantwoordelijke personeelsleden.

Indien voor de melding een telefoonlijn zonder gespreksopname of een ander spraakberichtsysteem zonder gespreksopname wordt gebruikt, kan het meldingskanaal de mondelinge melding registreren in de vorm van een nauwkeurig verslag van het gesprek, opgesteld door de voor het behandelen van de melding verantwoordelijke personeelsleden.

§ 3 - Indien een melder om een onderhoud verzoekt om een melding te doen, zorgt het meldingskanaal ervoor, mits de melder hiermee instemt, dat er een volledig en nauwkeurig verslag van het onderhoud wordt bijgehouden in een duurzame en opvraagbare vorm. Het onderhoud kan op een van de volgende manieren geregistreerd worden:

1° door het maken van een opname van het gesprek in een duurzame, opvraagbare vorm, of

2° door een nauwkeurig verslag van het onderhoud, opgesteld door de voor het behandelen van de melding verantwoordelijke personeelsleden.

§ 4 - In de in § 2 en 3 vermelde gevallen bieden de meldingskanalen de melder de mogelijkheid de schriftelijke weergave van het verslag van het onderhoud te controleren, te corrigeren en voor akkoord te tekenen.

Art. 21. - Ontvangstbevestiging

Binnen zeven dagen na ontvangst van de melding ontvangt de melder een bevestiging van die ontvangst via het meldingskanaal, tenzij de melder uitdrukkelijk anders heeft verzocht of het meldingskanaal op redelijke gronden van oordeel is dat een bevestiging van ontvangst van de melding de bescherming van de identiteit van de melder in gevaar zou brengen.

Art. 22. - Behandelingstermijn

Binnen drie maanden na de ontvangstbevestiging of, indien er geen ontvangstbevestiging is verstuurd aan de melder, na het verstrijken van de in artikel 21 vermelde periode van zeven dagen nadat de melding is gedaan, ontvangt de melder feedback.

Bij externe meldingen kan de ombudsdienst, wanneer er sprake is van buitengewone omstandigheden, de in het eerste lid genoemde termijn verlengen tot in totaal zes maanden.

Art. 23. - Onderzoek van de melding

Het meldingskanaal onderzoekt de gemelde informatie over inbreuken en zorgt vervolgens voor een goede opvolging.

Overheidsinstanties die een melding ontvangen hebben, maar niet bevoegd zijn om de gemelde inbreuk aan te pakken, zenden de melding zo vlug mogelijk op veilige wijze door aan de ombudsdienst en informeren de melder onverwijld over deze doorzending.

Art. 24. - Bijzondere bepalingen voor externe meldingen

§ 1 - De ombudsdienst kan, na de zaak naar behoren te hebben beoordeeld, besluiten dat:

1° een gemelde inbreuk duidelijk van geringe betekenis is en geen andere opvolging dan het afsluiten van de procedure vereist;

2° een procedure kan worden afgesloten met betrekking tot herhaalde meldingen waarvan de inhoud geen nieuwe informatie van betekenis over inbreuken bevat ten opzichte van een eerdere melding ten aanzien waarvan de relevante procedures werden beëindigd, tenzij door nieuwe wettelijke of feitelijke omstandigheden een andere opvolging gerechtvaardigd is.

In deze gevallen stelt de ombudsdienst de melder in kennis van zijn beslissing en van de motivering daarvan.

§ 2 - De ombudsdienst stelt de melder in kennis van het eindresultaat van onderzoeken naar aanleiding van de melding.

Art. 25. - Informatieplicht

§ 1 - De ombudsdienst publiceert op een afzonderlijke, gemakkelijk herkenbare en toegankelijke pagina van zijn website in elk geval de volgende informatie:

1° de voorwaarden om in aanmerking te komen voor bescherming krachtens dit hoofdstuk;

2° de contactgegevens van de ombudsdienst, met name de elektronische en postadressen, en de telefoonnummers, met de vermelding of de telefoongesprekken worden opgenomen;

3° de procedures die van toepassing zijn op de melding van inbreuken aan de ombudsdienst of aan organen, instellingen of andere instanties van de Europese Unie, met inbegrip van de wijze waarop de ombudsdienst de melder kan verzoeken om de gemelde informatie te verduidelijken of om verstrekking van nadere informatie, de termijn voor het geven van feedback alsmede het soort en de inhoud van dergelijke feedback;

4° de geheimhoudingsregels die van toepassing zijn op meldingen, en met name de informatie over de verwerking van persoonsgegevens overeenkomstig de Algemene Verordening Gegevensbescherming;

5° de wijze van de aan meldingen te bieden opvolging;

6° de remedies en procedures voor bescherming tegen represailles en de beschikbaarheid van vertrouwelijk advies voor personen die overwegen tot melding over te gaan;

7° een verklaring met een duidelijke toelichting van de voorwaarden waaronder personen die meldingen doen aan de ombudsdienst krachtens artikel 33, 1°, worden beschermd tegen aansprakelijkheid voor een inbreuk op de geheimhoudingsregels.

De overheidsinstanties publiceren op hun website in elk geval de volgende informatie:

1° de in het eerste lid vermelde informatie en/of verwijzing naar de in het eerste lid genoemde pagina van de website van de ombudsdienst;

2° een aanwijzing dat de voorkeur moet worden gegeven aan een melding via interne meldingskanalen boven een melding via externe meldingskanalen indien de inbreuk doeltreffend intern kan worden behandeld en indien de melder van mening is dat er geen risico op represailles bestaat.

§ 2 - De overheidsinstanties bieden volledige en onafhankelijke informatie en adviezen, die gemakkelijk en kosteloos toegankelijk zijn, over de beschikbare remedies en procedures die bescherming bieden tegen represailles, alsmede over de rechten van de betrokkenen.

Art. 26. - Register en verslagleggingsverplichtingen

De meldingskanalen houden per kalenderjaar een register bij van de ontvangen meldingen in overeenstemming met de in artikel 27 vastgelegde geheimhoudingsvereisten.

De ombudsdienst houdt doorlopend de volgende statistieken bij :

1° het aantal ontvangen meldingen;

2° het aantal onderzoeken en procedures dat naar aanleiding van deze meldingen is ingeleid en het resultaat daarvan;

3° indien vastgesteld, de geschatte financiële schade en de bedragen die zijn teruggevorderd na onderzoeken en procedures met betrekking tot de gemelde inbreuken.

Art. 27. - Geheimhoudingsplicht

§ 1 - De identiteit van de melder mag alleen worden bekendgemaakt aan de persoon of afdeling vermeld in artikel 19, tweede lid. Dit geldt tevens voor alle andere informatie aan de hand waarvan direct of indirect de identiteit van de melder kan worden achterhaald, tenzij :

1° de melder hier uitdrukkelijk mee instemt;

2° het gaat om een noodzakelijke en evenredige verplichting in het kader van onderzoek door de ombudsdienst of gerechtelijke procedures, mede ter waarborging van de rechten van verdediging van de betrokkenen.

In het geval bedoeld in het eerste lid, 2°, wordt de melder, voordat zijn identiteit wordt bekendgemaakt, daarvan in kennis gesteld, tenzij die informatie de gerelateerde onderzoeken of gerechtelijke procedures in gevaar zou brengen. De ombudsdienst stuurt de melders een schriftelijke toelichting over de redenen voor de bekendmaking van de vertrouwelijke gegevens toe.

§ 2 - Indien de informatie over inbreuken bedrijfsgeheimen bevat, mag de ombudsdienst die bedrijfsgeheimen niet gebruiken of bekendmaken voor doeleinden die verder gaan dan noodzakelijk is voor een gedegen opvolging.

Afdeling 3. — Openbaarmaking van informatie over inbreuken

Art. 28. - Openbaarmaking

Melders kunnen in de volgende gevallen informatie over inbreuken openbaar maken :

1° De melder deed eerst een interne en externe melding, of meteen een externe melding overeenkomstig artikel 17 of 18, maar er zijn naar aanleiding van die melding binnen drie of zes maanden geen passende maatregelen genomen.

2° De melder heeft gegronde redenen om aan te nemen dat :

a) de inbreuk een dreigend of reëel gevaar voor het algemeen belang kan zijn, bijvoorbeeld wanneer er sprake is van een noodsituatie of een risico op onherstelbare schade, of

b) er een risico op represailles bestaat bij meldingen via een extern kanaal, of de kans gering is dat er doeltreffend wordt gereageerd op de inbreuk, meer bepaald omdat bewijsmateriaal zou kunnen worden achtergehouden of vernietigd, of een autoriteit zou kunnen samenspannen met de pleger van de inbreuk of met iemand die bij de inbreuk betrokken is.

Afdeling 4. — Beschermingsmaatregelen

Art. 29. - Beschermden personen

De beschermingsmaatregelen van deze afdeling zijn van toepassing op melders die aan de volgende voorwaarden voldoen :

1° Ze hebben intern overeenkomstig artikel 17 of extern overeenkomstig artikel 18 een melding ingediend, een openbaarmaking overeenkomstig artikel 28 verricht of een melding gedaan bij organen, instellingen of andere instanties van de Europese Unie.

2° Ze hadden gegronde redenen om aan te nemen dat de gemelde informatie over inbreuken op het tijdstip van de melding op waarheid berustte en dat deze informatie binnen het toepassingsgebied van dit hoofdstuk viel.

Dezelfde beschermingsmaatregelen zijn eveneens van toepassing op :

1° facilitators;

2° derden die verbonden zijn met de melders en die het slachtoffer kunnen worden van represailles in een werkgerelateerde context;

3° juridische entiteiten die eigendom zijn van de melders, waarvoor de melders werken of waarmee de melders anderszins in een werkgerelateerde context verbonden zijn.

Art. 30. - Represailles - verbod

Elke vorm van represailles tegen in artikel 29 bedoelde personen, waaronder dreigingen met en pogingen tot represailles, zijn voor overheidsinstanties verboden.

Als represailles in de zin van het eerste lid gelden met name :

1° schorsing, ontslag of soortgelijke maatregelen;

- 2° degradatie of het onthouden van bevordering;
- 3° overdracht van taken, verandering van locatie van de arbeidsplaats, loonsverlaging, verandering van de werktijden;
- 4° het onthouden van opleiding;
- 5° een negatieve prestatiebeoordeling of arbeidsreferentie;
- 6° het opleggen of toepassen van een disciplinaire maatregel, berisping of andere sanctie, zoals een financiële sanctie;
- 7° dwang, intimidatie, pesterijen en uitsluiting;
- 8° discriminatie, nadelige of ongelijke behandeling;
- 9° niet-omzetting van een tijdelijke arbeidsovereenkomst in een arbeidsovereenkomst voor onbepaalde tijd, in het geval de werknemer de gerechtvaardigde verwachting had dat hem een dienstverband voor onbepaalde tijd zou worden aangeboden;
- 10° niet-verlenging of vroegtijdige beëindiging van een tijdelijke arbeidsovereenkomst;
- 11° schade en reputatieschade, met name op sociale media, of financieel nadeel, met inbegrip van omzeterderving en inkomstenderving;
- 12° opname op een zwarte lijst op basis van een informele of formele overeenkomst voor een hele sector of bedrijfstak, waardoor de melder geen baan meer kan vinden in de sector of de bedrijfstak;
- 13° vroegtijdige beëindiging of opzegging van een contract voor de levering van goederen of diensten;
- 14° intrekking van een licentie of vergunning;
- 15° psychiatrische of medische verwijzingen.

Art. 31. - Represailles - bewijslast

In bestuursrechtelijke procedures die verband houden met een benadeling waarmee de melder is geconfronteerd, mits de melder aantoont dat deze nadelige behandeling hem ten deel is gevallen als gevolg van zijn melding of openbaarmaking, wordt vermoed dat de nadelige behandeling een represaille voor de melding of openbaarmaking was.

In dergelijke gevallen is het aan de overheid die de benadelende maatregel heeft genomen, om aan te tonen dat die maatregel naar behoren is gemotiveerd.

Art. 32. - Represailles - ondersteuning door de ombudsdienst

De ombudsdienst ondersteunt de in artikel 29 genoemde personen ten aanzien van elke autoriteit die betrokken is bij de bescherming van de melder tegen represailles.

Art. 33. - Aansprakelijkheidsvorderingen

De overheid leidt geen gerechtelijke procedures in tegen de in artikel 29 genoemde personen met het oog op een eventuele aansprakelijkheid voor :

1° de openbaarmaking van informatie, tenzij het informatie overeenkomstig artikel 15, § 1, tweede lid, betreft en de in artikel 33 genoemde personen redelijke gronden hadden om aan te nemen dat de melding of de openbaarmaking van deze informatie noodzakelijk was voor het onthullen van een inbreuk op grond van dit hoofdstuk;

2° de verwerving van of de toegang tot informatie die werd gemeld of openbaar werd gemaakt, tenzij die verwerving of die toegang op zichzelf een strafbaar feit vormde.

Art. 34. - Verbod van afwijkingen

In de arbeidsovereenkomsten of toepasselijke arbeidsvoorwaarden van overheidsinstanties mag niet worden afgeweken van de in deze afdeling geformuleerde rechten. Dergelijke bepalingen zijn van rechtswege nietig.

Art. 35. - Strafrechtelijke sancties

Met een gevangenisstraf van acht dagen tot vijf jaar en een geldboete van 200 tot 10.000 euro of met één van die straffen alleen wordt gestraft :

- 1° wie een of meer meldingen overeenkomstig artikel 17 of 18 verhindert of tracht te verhinderen;
- 2° wie de geheimhoudingsvereisten van artikel 27 schendt;
- 3° wie represailles overeenkomstig artikel 30 neemt tegen de in artikel 29 genoemde personen.

HOOFDSTUK 4. — Voorschriften inzake gegevensbescherming

Art. 36. - Verwerking van persoonsgegevens

§ 1 - De overheidsinstanties zelf zijn verantwoordelijk voor de in hoofdstuk 2 vermelde verwerking van persoonsgegevens als bedoeld in de Algemene Verordening Gegevensbescherming. Zij stellen hiervoor uitdrukkelijk een verwerkingsverantwoordelijke aan. De overheidsinstanties zelf of de door hen aangewezen verantwoordelijken gelden als verwerkingsverantwoordelijken in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming voor de uitvoering van de in dit hoofdstuk vermelde taken.

De meldingskanalen zijn verantwoordelijk voor de in hoofdstuk 3 vermelde verwerking van persoonsgegevens in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. Zij gelden als verwerkingsverantwoordelijken in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming voor de uitvoering van de in dit hoofdstuk vermelde taken.

§ 2 - De in § 1 vermelde verantwoordelijken mogen de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden gebruiken dan voor de uitvoering van hun wettelijke of decretale opdrachten in verband met dit decreet.

De verwerking van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de toepasselijke regelgeving inzake gegevensbescherming.

Art. 37. - Gegevenscategorieën

§ 1 - De in artikel 36, § 1, eerste lid, genoemde verantwoordelijken kunnen overeenkomstig artikel 36 de volgende categorieën van persoonsgegevens verwerken :

1. naam, hoedanigheid en contactgegevens van de indiener;
2. naam en hoedanigheid van de personen die de bestuurshandeling hebben uitgevoerd, tegen wie de klacht werd ingediend of tegen wier werkwijze klacht werd ingediend;
3. naam en hoedanigheid van andere personen die bij de klachtenprocedure betrokken zijn of eraan deelnemen;
4. informatie over de aangelegenheid die aanleiding heeft gegeven tot de klacht;
5. naam en hoedanigheid van eventuele getuigen.

De in het eerste lid vermelde gegevenscategorieën kunnen worden verwerkt voor het ontvangen en onderzoeken van klachten overeenkomstig hoofdstuk 2 en de opvolging daarvan.

Persoonsgegevens die duidelijk niet relevant zijn voor de behandeling van een specifieke klacht, worden niet verzameld of worden, indien onbedoeld verzameld, onmiddellijk gewist.

§ 2 - De in artikel 36, § 1, tweede lid, genoemde verantwoordelijken, met inbegrip van de in artikel 19, tweede lid, genoemde personen of afdelingen, kunnen overeenkomstig artikel 36 de volgende categorieën van persoonsgegevens verwerken:

1. naam, hoedanigheid en contactgegevens van de melder;
2. naam, hoedanigheid en contactgegevens van facilitators en derden die verbonden zijn met de melders en die het slachtoffer kunnen worden van represailles in een werkgerelateerde context;
3. naam en hoedanigheid van de betrokkenen en de informatie over de door hen gepleegde inbreuken;
4. naam en hoedanigheid van eventuele getuigen;
5. naargelang het geval, de schriftelijke melding, de opname van het gesprek bij een mondelinge melding en de schriftelijke weergave van het verslag van het onderhoud bij een mondelinge melding.

De gegevenscategorieën vermeld in het eerste lid kunnen worden verwerkt voor de volgende doeleinden:

1. voor het ontvangen en onderzoeken van meldingen overeenkomstig artikel 17 of 18 en de opvolging ervan;
2. voor persoonlijke informatie en advies overeenkomstig artikel 25, § 2;
3. voor de ondersteuning van de in artikel 29 genoemde personen door de ombudsdienst overeenkomstig artikel 32.

Persoonsgegevens die duidelijk niet relevant zijn voor de behandeling van een specifieke melding, worden niet verzameld, of worden, indien onbedoeld verzameld, onmiddellijk gewist.

Art. 38. - Duur van de gegevensverwerking

De gegevens mogen hoogstens tot tien jaar na ontvangst van de klacht of de melding worden bewaard.

De gegevens betreffende meldingen worden in overeenstemming met de geheimhoudingsvereisten overeenkomstig artikel 27 bewaard in een vorm die het mogelijk maakt de betrokkenen te identificeren.

Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden de gegevens over klachten en meldingen uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.

Art. 39. - Veiligheidsmaatregelen

In voorkomend geval leggen de overheidsinstanties voor de door dit decreet voorziene verwerking van persoonsgegevens de nodige veiligheidsmaatregelen vast.

HOOFDSTUK 5. — *Slotbepalingen*

Art. 40. - Wijzigingsbepaling

Artikel 2, tweede lid, van het decreet van 16 oktober 1995 betreffende de openbaarheid van de bestuursdocumenten wordt vervangen als volgt :

“Elk bestuursdocument waarmee een beslissing van een administratieve overheid of een bestuurshandeling met individuele strekking aan een betrokkene wordt meegedeeld, bevat, in voorkomend geval, de specifieke beroeps- en klachtmogelijkheden, de beroeps- en klachtinstanties en de geldende vormen en termijnen; als dat niet zo is, gaan de verjaringstermijnen om bij een instantie van de Duitstalige Gemeenschap beroep in te stellen of een klacht in te dienen pas in vier maanden nadat de bestuurshandeling of de beslissing ter kennis werd gebracht van de betrokkene.”

Art. 41. - Wijzigingsbepaling

Artikel 5, § 1, zesde streepje, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 21 maart 2005, wordt vervangen als volgt:

“- het opsporen of vervolgen van handelingen die strafrechtelijk, bestuursrechtelijk of tuchtrechtelijk kunnen worden bestraft, zolang het opleggen van een sanctie mogelijk blijft.”

Art. 42. - Wijzigingsbepaling

Artikel 44, § 4, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

“Als het gaat om informatie over inbreuken die binnen het toepassingsgebied vallen van hoofdstuk 3 van het decreet van 21 februari 2022 tot vaststelling van verschillende instrumenten voor informatie- en klachtenbeheer in de Duitstalige Gemeenschap, dan kan het betrokken personeelslid overeenkomstig de bepalingen van datzelfde hoofdstuk een interne of externe melding doen.”

Art. 43. - Wijzigingsbepaling

In het opschrift van het decreet van 26 mei 2009 tot instelling van het ambt van ombudsman voor de Duitstalige Gemeenschap wordt het woord “ombudsman” vervangen door het woord “ombudspersoon”.

Art. 44. - Wijzigingsbepaling

In artikel 1 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid, dat het enige lid wordt, wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon";

2° het tweede lid wordt opgeheven.

Art. 45. - Wijzigingsbepaling

In artikel 2 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 januari 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid wordt de bepaling onder 1° vervangen als volgt :

"1° overheid :

a) de Duitstalige Gemeenschap;

b) de publiekrechtelijke instellingen die onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteren;

c) de gemeenten, openbare centra voor maatschappelijk welzijn en overige territoriale entiteiten van het Duitse taalgebied, met uitzondering van de meergemeentelijke politiezones en de hulpverleningszones, voor zover ze niet over een eigen ombudspersoon of een eigen ombudsdienst beschikken;

d) iedere instelling, van welke aard en juridische vorm ook :

- die opgericht is met het specifieke doel te voorzien in behoeften van algemeen belang die niet van industriële of commerciële aard zijn, en

- die rechtspersoonlijkheid heeft en

- waarvan de activiteiten overwegend door de overheden of instellingen vermeld onder a) en b) worden gefinancierd of waarvan het beheer aan het toezicht van die overheden of instellingen is onderworpen of waarvan de meerderheid van de leden van het bestuursorgaan, het leidinggevend orgaan of het toezichthoudend orgaan door die overheden of instellingen is aangewezen;

e) de verenigingen gevormd door één of meer onder a), b), c) of d) vermelde overheden;"

2° in het eerste lid worden de bepalingen onder 2° en 3° opgeheven;

3° het tweede lid wordt vervangen als volgt :

"Voor de toepassing van dit decreet worden het Parlement en de Regering beschouwd als overheden in de zin van het eerste lid, 1°, a)."

Art. 46. - Wijzigingsbepaling

In artikel 2.1 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 25 januari 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon";

2° in het tweede lid wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon".

Art. 47. - Wijzigingsbepaling

In artikel 3 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 januari 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het opschrift van het artikel wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon";

2° in § 1 wordt het woord "ombudsman" telkens vervangen door het woord "ombudspersoon";

3° in § 2 wordt het woord "ombudsman" telkens vervangen door het woord "ombudspersoon";

4° in § 2.1 wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon";

5° in de inleidende zin van § 3, eerste lid, wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon" en worden de woorden "artikel 2, eerste lid, 1° en 2°," vervangen door de woorden "artikel 2, eerste lid, 1°,";

6° paragraaf 3 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

"Met behoud van de toepassing van het eerste lid onderzoekt de ombudspersoon informatie over inbreuken die binnen het toepassingsgebied vallen van hoofdstuk 3 van het decreet van 21 februari 2022 tot vaststelling van verschillende instrumenten voor informatie- en klachtenbeheer in de Duitstalige Gemeenschap overeenkomstig de bepalingen van datzelfde hoofdstuk. De bepalingen van dat hoofdstuk zijn van toepassing op de ontvangst, de verwerking en het onderzoek van zulke meldingen, alsook op het nemen van beschermingsmaatregelen in dat verband."

7° in § 4 wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon".

Art. 48. - Wijzigingsbepaling

In artikel 4 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° [geldt alleen voor de Duitse versie];

2° het woord "ombudsman" wordt vervangen door het woord "ombudspersoon";

3° de woorden "en dit met inachtneming van de principes van de goede bestuurspraktijk, van de rechtsstaat alsmede van de bevordering van de bescherming van de mensenrechten" worden ingevoegd na het woord "vinden".

Art. 49. - Wijzigingsbepaling

In artikel 5, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon".

Art. 50. - Wijzigingsbepaling

In artikel 6 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 januari 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het opschrift van het artikel wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon";

2° in het eerste lid wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon" en worden de woorden ". Deze termijn kan één keer worden verlengd" vervangen door de woorden "; die termijn kan één keer worden verlengd."

Art. 51. - Wijzigingsbepaling

In de inleidende zin van artikel 7 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 januari 2016, wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon".

Art. 52. - Wijzigingsbepaling

In artikel 8 van hetzelfde decreet worden de woorden "Voordat hij in functie treedt, legt de ombudsman" vervangen door de woorden "Voordat de ombudspersoon in functie treedt, legt hij".

Art. 53. - Wijzigingsbepaling

In artikel 9 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 januari 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, eerste lid, wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon";

2° in § 1, tweede lid, wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon";

3° in § 2 wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon";

4° in § 3, tweede lid, wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon".

Art. 54. - Wijzigingsbepaling

Artikel 10 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

"Art. 10 - Onafhankelijkheid

De ombudspersoon handelt bij de vervulling van zijn taken volledig onafhankelijk, onpartijdig en neutraal. Hij kan niet van zijn mandaat worden ontheven voor handelingen die hij in het kader van de uitoefening van zijn ambt verricht of voor meningen die hij in het kader van zijn werkzaamheden uit."

Art. 55. - Wijzigingsbepaling

In artikel 11 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon";

2° in het tweede lid wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon".

Art. 56. - Wijzigingsbepaling

In artikel 12 van hetzelfde decreet wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon".

Art. 57. - Wijzigingsbepaling

In artikel 13 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 januari 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1 wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon";

2° in § 2, eerste lid, wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon" en worden de woorden "op zijn verzoek" vervangen door de woorden "op diens verzoek";

3° in § 2, tweede lid, wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon";

4° in § 3, eerste lid, wordt het woord "ombudsman" telkens vervangen door het woord "ombudspersoon";

5° in § 3, tweede lid, wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon".

Art. 58. - Wijzigingsbepaling

In artikel 14 van hetzelfde decreet wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon".

Art. 59. - Wijzigingsbepaling

In artikel 15 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 januari 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon";

2° het eerste lid, 3°, wordt vervangen als volgt: "3° de klacht werd ingediend overeenkomstig de taalvereisten bepaald in de wetten op het gebruik van de talen in bestuurszaken, gecoördineerd op 18 juli 1966;

3° tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, wordt een lid ingevoegd, luidende :

"De ombudspersoon weigert de behandeling van een klacht als een georganiseerd administratief beroep of een jurisdictioneel beroep aanhangig is.";

4° in het tweede lid, dat het derde lid wordt, wordt het woord "ombudsman" telkens vervangen door het woord "ombudspersoon";

5° in het tweede lid, dat het derde lid wordt, wordt de bepaling onder 5° vervangen als volgt:

"5° ze betrekking heeft op personeelsaangelegenheden van de overheid waar de eiser werkzaam is, met uitzondering :

- van een klacht ingediend in het kader van artikel 3, § 3, en

- van een klacht waarvoor de eiser aannemelijk kan maken dat hij geen andere specifieke mogelijkheid heeft om een klacht in te dienen;"

6° het tweede lid, dat het derde lid wordt, wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende :

“6° ze gaat gepaard met het onderzoek van een rechterlijke beslissing.”

Art. 60. - Wijzigingsbepaling

In artikel 16 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 16 januari 2016, worden de woorden “die een rechtstreeks belang kan aantonen, bij de ombudsman” vervangen door de woorden “die een belang kan aantonen, bij de ombudspersoon”.

Art. 61. - Wijzigingsbepaling

In artikel 16.1 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 25 januari 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het enige lid, dat het eerste lid wordt, wordt vervangen als volgt :

“Een personeelslid dat een feit beschreven in artikel 3, § 3, eerste lid, meldt, kan op verzoek onder de bescherming van de ombudspersoon geplaatst worden. De betrokken overheden maken daarover proces-verbaal op met de ombudsdienst. Dat proces-verbaal bevat - naast de beschermingsperiode, de minimale beschermingsmaatregelen en de opschorting van de tuchtprocedures - de mogelijkheid tot vrijwillige overplaatsing.”;

2° er wordt een tweede lid ingevoegd, luidende :

“In afwijking van het eerste lid zijn de beschermingsmaatregelen overeenkomstig hoofdstuk 3, afdeling 4, van het decreet van 21 februari 2022 tot vaststelling van verschillende instrumenten voor informatie- en klachtenbeheer in de Duitstalige Gemeenschap van toepassing op de meldingen bedoeld in artikel 3, § 3, tweede lid.”

Art. 62. - Wijzigingsbepaling

In artikel 17 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, eerste lid, wordt het woord “ombudsman” telkens vervangen door het woord “ombudspersoon” en worden de woorden “zijn beslissing,” vervangen door de woorden “zijn beslissing om”;

2° in § 1, derde lid, wordt het woord “ombudsman” vervangen door het woord “ombudspersoon”;

3° in § 2 wordt het woord “ombudsman” vervangen door het woord “ombudspersoon”.

Art. 63. - Wijzigingsbepaling

In artikel 18 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid wordt het woord “ombudsman” vervangen door het woord “ombudspersoon”;

2° [geldt alleen voor de Duitse versie].

Art. 64. - Wijzigingsbepaling

In hetzelfde decreet wordt een artikel 18.1 ingevoegd, luidende :

“Art. 18.1 - Vertrouwelijkheid

Alle betrokkenen moeten de documenten en inlichtingen in het kader van het onderzoek vertrouwelijk behandelen.”

Art. 65. - Wijzigingsbepaling

In artikel 19 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 januari 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, eerste lid, wordt het woord “ombudsman” vervangen door het woord “ombudspersoon” en worden de woorden “artikel 2, eerste lid, 1° tot 3°” vervangen door de woorden “artikel 2, eerste lid, 1°”;

2° in § 1, tweede lid, wordt het woord “ombudsman” vervangen door het woord “ombudspersoon”;

3° in § 2 wordt het woord “ombudsman” vervangen door het woord “ombudspersoon”;

4° in § 3 wordt het woord “ombudsman” vervangen door het woord “ombudspersoon”;

5° in § 4 wordt het woord “ombudsman” vervangen door het woord “ombudspersoon” en worden de woorden “artikel 2, eerste lid, 1° tot 3°” vervangen door de woorden “artikel 2, eerste lid, 1°”.

Art. 66. - Wijzigingsbepaling

In artikel 20 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 januari 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1 wordt het eerste lid vervangen als volgt :

“Indien de ombudspersoon bij de uitoefening van zijn taken feiten vaststelt die tuchtrechtelijke overtredingen vormen of op zulke overtredingen wijzen, kan hij de overheden en instellingen vermeld in artikel 2, eerste lid, 1°, hierover inlichten.”;

2° § 1, tweede lid, wordt vervangen door een tweede lid en een derde lid, luidende :

“Als hij bij de uitoefening van zijn taken feiten vaststelt die strafbare feiten vormen of een ernstige aanwijzing van strafbare feiten laten vermoeden, informeert hij de procureur des Konings hierover overeenkomstig artikel 29 van het Wetboek van Strafvordering.

Onverminderd artikel 16.1 informeert de ombudspersoon de eiser hierover en zet hij zijn procedure stop als hij de procureur des Konings overeenkomstig het tweede lid heeft geïnformeerd.”

3° in § 2, tweede lid, worden de woorden “artikel 2, eerste lid, 1° tot 3°” vervangen door de woorden “artikel 2, eerste lid, 1°” en wordt het woord “ombudsman” vervangen door het woord “ombudspersoon”;

4° in § 2, derde lid, wordt het woord “ombudsman” vervangen door het woord “ombudspersoon”;

5° in § 2, vierde lid, wordt het woord “ombudsman” vervangen door het woord “ombudspersoon”;

6° in § 3 wordt het woord “ombudsman” vervangen door het woord “ombudspersoon”.

Art. 67. - Wijzigingsbepaling

In artikel 21 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 januari 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, eerste lid, wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon";

2° [geldt alleen voor de Duitse versie];

3° in § 2, eerste lid, wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon";

4° in § 2, tweede lid, wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon".

Art. 68. - Wijzigingsbepaling

In artikel 22 van hetzelfde decreet wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon".

Art. 69. - Wijzigingsbepaling

In artikel 23 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 januari 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt :

"Ten laatste op 30 april van elk jaar dient de ombudspersoon bij het Parlement een schriftelijk verslag in over de werkzaamheden van het vorige jaar. Met toestemming van het Bureau kan dit verslag om de twee jaar worden opgemaakt. Bovendien kan hij, indien hij dit nuttig vindt, tussentijdse verslagen indienen bij het Parlement.";

2° in het tweede lid wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon";

3° in het derde lid wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon";

4° in het zesde lid, wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon".

Art. 70. - Wijzigingsbepaling

In artikel 24 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 januari 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het opschrift van het artikel en in het eerste lid wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon";

2° in het tweede lid wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon".

Art. 71. - Wijzigingsbepaling

In artikel 25 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 januari 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon";

2° in het tweede lid wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon".

Art. 72. - Wijzigingsbepaling

In artikel 1 van het decreet van 25 februari 2019 tot invoering van een permanente burgerdialoog in de Duitstalige Gemeenschap wordt de bepaling onder 3° vervangen als volgt :

"3° ombudspersoon: de functionaris beschreven in het decreet van 26 mei 2009 tot instelling van het ambt van ombudspersoon voor de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 73. - Wijzigingsbepaling

In artikel 4, § 2, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt het woord "ombudsman" vervangen door het woord "ombudspersoon".

Art. 74. - Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 1 september 2022.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 21 februari 2022.

O. PAASCH,

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS,

De Viceminister-President,

Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS,

De Minister van Cultuur en Sport,

Werkgelegenheid en Media

L. KLINKENBERG,

De Minister van Onderwijs

en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2021-2022

Parlementaire stukken: 138 (2020-2021) Nr. 1 Voorstel van decreet

138 (2021-2022) Nr. 2 Voorstellen tot wijziging

138 (2021-2022) Nr. 3 Verslag

138 (2021-2022) Nr. 4 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 21 oktober 2022 - Nr. 40 Bespreking en aanneming